

Volkswacht

für Schlessien - Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6, Matthiassstraße 100, sowie durch alle Abnehmer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 8 Pfennig, Trägertlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,33 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägertlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, E-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter,



17 Pf. Anzeigen unter mahlungs- und Wohnungsangeboten für die nächste Nummer ab 4/6 oder in der Zweigstelle 212 39, Reibation Nr. 217 38, a und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 9. November 1932

Nr. 264

Roosevelt gewählt

Mit sehr großer Mehrheit — Auch sonst großer Sieg der Demokraten — Starke Stimmenzahl des sozialistischen Kandidaten

Paris, 9. November. (Eigener Funkbericht.)

Wie aus New York gemeldet wird, ist die Wahl Roosevelts zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gesichert, obgleich das endgültige Ergebnis noch nicht vorliegt. Die nachfolgenden Wahlkreise können an dem Sieg Roosevelts nichts mehr ändern. Der Kandidat der Demokraten hat nämlich in 38 Staaten die Mehrheit erhalten, die für ihn 434 Delegierte gewählt haben. Hoover hat nur in 6 Staaten gesiegt, die 70 Delegierte für ihn bestimmten. Es fehlen noch die Ergebnisse von vier Staaten.

New York, 9. November. (Eigener Funkbericht.)

Der Sieg der demokratischen Partei bei den Präsidentschaftswahlen übertrifft alle Erwartungen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind die Wahlkreise in 31 Bundesstaaten für Roosevelt, während nur 5 Staaten für Hoover stimmten. Der Rest ist noch zweifelhaft. Die Niederlage der Republikaner ist die schwerste, die sie seit zwei Jahrzehnten erlitten haben, was für die Hooverfeindliche Stimmung der Wählermassen bezeichnend ist. Im New-York-Staat wurde zum erstenmal seit 40 Jahren der demokratische Präsidentschaftskandidat gewählt, wodurch der Sieg Roosevelts von vorn-

herin entschieden war. Auch die demokratischen Kandidaten für den Bundeskongress, die Staatsverwaltungen und die New Yorker Stadtverwaltung sind auf der ganzen Linie siegreich. Die überaus starke Stimmenzahl des sozialistischen Bürgermeistkandidaten Hillquit erregt allgemeines Aufsehen. Das Bundesrepräsentantenhaus wird eine starke demokratische Mehrheit ausweisen und der Bundes Senat wird ebenfalls seit Jahrzehnten eine knappe demokratische Mehrheit besitzen.

Zum Gouverneur des Staates New York ist der Demokrat Oberst Lehmann, zum Nachfolger Roosevelts als Bürgermeister von New York der Richter O'Brien gewählt worden.

New York, 9. November. (Eig. Funkbericht.)

Die Wahlergebnisse aus dem Innern des Landes gehen trotz des feststehenden Endergebnisses nur spärlich ein. Die Wahlbeteiligung wird auf 40 Millionen von insgesamt 48 Millionen eingetragenen Stimmberechtigten geschätzt. Die Berichte aus dem Mittelwesten zeigen trotz Fehlens der endgültigen Ziffern einen starken Gewinn an sozialistischen Stimmen. Der Bürgermeistkandidat Hillquit erzielte mit annähernd einer Viertelmillion Stimmen die größte von einem sozialistischen Kandidaten in der New Yorker Geschichte erzielte Rekordzahl.

Solen Blutspuren zu sehen waren. Kubissa versuchte den Festgenommenen zu befreien, so daß die Polizei sich gezwungen sah, gegen den unerschämten Saboteur mit dem Gummiknüppel einzuschreiten. Kubissa brach bewußtlos zusammen und wurde von seinen Leuten abtransportiert.

Gegen Abend trat endlich wieder Ruhe ein. Alle ortsfremden Nazis wurden von der Polizei, soweit diese ihrer habhaft werden konnten, aus Schweidnitz abgehoben und gegen 20 Uhr waren die Straßen von den Bürgerkriegssoldaten gesäubert.

Das Hauptquartier

der nach Schweidnitz für die Dauer des Prozesses verlegten SA-Kommandos ist, wie in früheren Jahren die als Nazi-Hochburg bekannte Brautommune. Dort ist seit Dienstag früh auch eine Salzkreuz-Sanitätskolonne stationiert; außerdem patrouillieren Nazi-Sanitäter in der Stadt umher. In der Brautommune hatte man auch eine SA-Kapelle gelegt, die den Vorkämpfer des Nationalsozialismus mit Musik empfing, als er geruhete, die Stufen des Landgerichtsgebäudes emporzuklettern.

Vierter Verhandlungstag

Auch im Verhandlungssaal mußte der an sich so nachsichtige und höfliche Vorsitzende zu Beginn der Sitzung die Polizei ersuchen, die römischen Gräber der Nationalsozialisten zu unterbinden. Der Abschluß der Zeugenvernehmungen erbrachte nicht mehr viel Neues. Die Frau des Nazipastors Fuchs aus Dittmannsdorf hatte katastrophalen Gedächtnisverlust und Hauptmann Müller aus Reichenforst, der Gastgeber des Polonistenschmidt, ist trotz der Not der Landwirtschaft,

ein gastfreier Mann.

dem es auf einen Gast mehr oder weniger gar nicht ankommt. Daher hatte er sich auch bei der Zuweisung des Polonist alias Schmidt gar nichts, absolut nichts gedacht. Er und seine Frau wurden aber ebenfalls nicht vereidigt. Als der Vorsitzende im Laufe der weiteren Verhandlung die Aussagen des Kommissars Jadenkroll aus rein prozeduralen Erwägungen doch protokollieren lassen will, meldet sich Heines in seiner unmaßstäblichen Unverschämtheit, und erklärt, ja er brauche die protokollierte Festlegung, um in dem bekannten Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages gegen die Polizei zu kämpfen, was Landgerichtsdirektor Wollmann aber dann doch ziemlich energisch zurückweist.

Die Verlesung der Geständnisprotokolle der Angeklagten Staats und Kauscher ergeben sehr deutlich, daß die beiden die wichtigsten Mordhelfer begünstigt hatten. Oberstaatsanwalt Dr. Bentzschel hält dann

(Schluß dritte Seite Beilage)

Bombenlegerprozeß unter dem Druck der Strafe

Faschistenterror in Schweidnitz Milde Strafanträge gegen die Anstifter

Die Dienstag-Verhandlung des Schweidnitzer Bombenwerfer-Prozesses, in der die Beweisaufnahme abgeschlossen und die Plädoyers des Anklägers sowie des Rechtsanwalts W a n d m a n n für den Nebenkläger Baeschke gehalten wurden, stand wiederum im Zeichen des Bürgerkrieges. Waren bis dahin auch schon 25 Nazifeldaten zwangsgestellt, gegen verschiedene SA-Leute Strafverfahren eingeleitet und Untersuchungshaft verhängt, überdies auch gegen den Oberbojnen Heines Anzeige wegen Aufruhr und Beleidigung von Polizeibeamten erstattet worden, so hinderte das die im schlesischen Wotsdam zusammengezogenen Bürgerkriegstruppen des Faschismus keineswegs, am Dienstag erneute Zusammenstöße zu provozieren.

Der Terror in Schweidnitz

Überall, wo sich Reichsbannerleute oder Kommunisten leben ließen, provozieren die ortsfremden Hitlerjünger. Auf dem Ring kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Nazis, so daß der Wochenmarktbetrieb erheblich gestört wurde und die Marktstraßen flüchten mußten. Unter Führung des sattem bekannten Obernazi Kubissa zog ein mit Loischlägern, Gummiknüppeln und ähnlichen Werkzeugen bewaffneter Trupp durch die Stadt, der mittags den 32-jährigen Genossen W a g e i s l e auf dem Ring überfiel und durch mehrere Messerstiche schwer verwundete.

Am Nachmittag schleuderte ein auf dem Platz vor dem Gerichtsschäube lärmender SA-Leute einen 4 1/2 Pfund schweren Stein in den Unterrichtsraum der Polizeibereitschaft im Gerichtsgebäude. Der Anschlag war so heftig, daß der Fensterrahmen herausgeschlagen wurde und ins Zimmer fiel, dabei wurde ein Polizeibeamter, der am Fenster gelesen hatte, erheblich verletzt. Die Polizei forderte schließlich wieder Verstärkung aus Waldenburg an und nahm neun SA-Leute fest, die wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung, Waffenmißbrauch, tätlicher Angriffe auf Polizeibeamte sowie wegen Beleidigung einzelner Polizeibeamter sich vor Gericht zu verantworten haben werden. Nach der Festnahme führte ein Nazitrupp (Freiend und Lobend hinter dem Polizeitraffwagen her, auf dem die Verhafteten weggebracht wurden. Ein kommunistischer Funktionär, den die Nazis auf der Straße dauernd verfolgt hatten, mußte in Schamhaft benommen werden.

Die Schuld an den Zusammenstößen am Dienstag trägt nach Auffassung der Polizeibehörde nicht die politische Haltung der NSDAP, sondern die verantwortliche Führung der SA, d. h. also, wieder einmal, Herr Heines. Da mit seiner Verurteilung gerechnet werden dürfte, sehen für heute nach Verhängung des Urteils weitere Ausgereitungen in Aussicht. Unter dem Vorwand der Teilnahme an dem Überfall auf den Reichsbannermann Sch a i s c h a l am Freitag, abend, verhaftete die Polizei am Dienstag mittags auf dem Schweidnitzer Ring einen Nazi, an dessen

Das sind die Opfer der Nazis und Kozis

2500 Streikende der Berliner Verkehrsgesellschaft bleiben auf der Strecke

Die Direktion der Berliner Verkehrs-Gesellschaft teilt mit, daß sie 2500 Mann von den Streikenden nicht wieder einstellen werde.

Die Front der Streitenden hat sich, nachdem der Verkehrsstreit abgeklungen worden ist, rasch aufgelöst. Die gelamten Schaffner, Fahrer und das übrige Personal, abgesehen von 2500 Entlassenen, haben sich in den Dienststellen der BVG zur Aufnahme der Arbeit wieder eingefunden. Der Verkehr bei den U-Bahnen, der Straßenbahn und den Autobussen wurde infolgedessen am Dienstag wieder normal, auch in den Abend- und Nachtstunden, durchgeführt.

Auf dem Bahnhof der Hochbahn in der Nähe des Bülowbogens explodierte gestern abend kurz nach 9 Uhr unter donnerähnlichen Stößen ein Sprengkörper. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei sind anscheinend die Sprengstoffe von den Insassen eines Autos, das das Bülowstraße und Frobenstraße kurz gestoppt hatte, auf den Bahnkörper geworfen worden. Passanten sind durch die Explosion glücklicherweise nicht verletzt worden. Für die Ermittlung der Täter werden, wie verlautet, die BVG und auch der Berliner Polizeipräsident hohe Belohnungen aussetzen.

Der scharfe Personalabbau, den die BVG jetzt im Hinblick auf den Zusammenbruch des Streiks durch-

führen will, trägt zur Beruhigung der Gemüter bestimmt nicht bei. Mit den Entlassungen können die Urheber des Streiks nicht getroffen werden. Die von der Entlassung betroffenen Opfer — nach welchen Grundätzen sie ausgewählt werden, ist bis jetzt noch unbekannt — werden in eine Verzweiflungskampagne hineingetrieben. Die Direktion der BVG, hätte eigentlich allen Anlaß zur Zurückhaltung, denn sie ist an dem Ausbruch des Streiks auch nicht ganz unschuldig.

Frankreichs Budget ausgeglichen?

Die französische Regierung hat am Dienstag den Budgetentwurf für das Jahr 1933 genehmigt. Der Entwurf soll spätestens am Dienstag in der Kammer eingebracht werden. Der Budgetminister erklärte, das Budget sei ausgeglichen. Aus welchen Mitteln die fehlenden acht Milliarden beschafft werden, wird vorläufig nicht mitgeteilt. Nach dem Ministerrat wurde schließlich bekannt, daß die Regierung die Streikurlauber der Pensionen für mehrerzahlte Arbeiterentscheidungen beschließen habe und ferner eine allmählich steigende Senkung der Beamtengehälter mit Ausnahme der unter 12.000 Francs (2000 Mark) liegenden Jahressgehälter vorgenommen werden soll. Die Arbeitslosenunterstützungen sollen dagegen nicht angesetzt werden.

Der Attentatsprozess in Altona

Die angeklagten Nazis kniffen natürlich wieder

Am Dienstag leitete das Altonaer Sondergericht, vor dem gegenwärtig der Prozess gegen die nationalsozialistischen Handgranatentäter verhandelt wird, die Vernehmung der Angeklagten fort. Als Verteidiger für die angeklagten SS- und SA-Leute war der berüchtigte nationalsozialistische Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Roland Freisler-Kassel erschienen. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Aussagen über die Ausführung der in der Wahlnacht in Schleswig-Holstein verübten Handgranateneinschläge zu bewegen.

In Elmshorn wurde aus einem Kraftwagen heraus eine Handgranate gegen den Laden der Konsumgenossenschaft Produktion gekleudert, die aber ihr Ziel verfehlte und das Haus eines Arbeiters, der zu keiner politischen Partei gehört, traf. Auch hier ist die Täterhaft durch frühere Geständnisse geklärt. Zwei der Täter, der Abiturient Adler und der Fadergehilfe Dechow, sind flüchtig. Die übrigen Angeklagten verweigern die Aussage oder geben an, mit der ganzen Angelegenheit nicht zu tun zu haben.

In Uetersen wurde aus einem Kraftwagen heraus eine Handgranate gegen den Laden der Konsumgenossenschaft Produktion gekleudert, die aber ihr Ziel verfehlte und das Haus eines Arbeiters, der zu keiner politischen Partei gehört, traf. Auch hier ist die Täterhaft durch frühere Geständnisse geklärt. Zwei der Täter, der Abiturient Adler und der Fadergehilfe Dechow, sind flüchtig. Die übrigen Angeklagten verweigern die Aussage oder geben an, mit der ganzen Angelegenheit nicht zu tun zu haben.

Der Anschlag in Wismar wurde von dem Führer des zweiten Sturmabteiles Grezsch, der auch die anderen Attentate organisierte, selbst ausgeführt. Er sollte sich gegen ein kommunistisches Parteibüro richten. Der Täter, der auf einem Motorrad vorfuhr, warf die Stielhandgranate aber versehentlich in die Wohnung des Arbeiters Gottschalk, die sich im Haus neben dem KPD-Local befindet. Die Handgranate richtete großen Sachschaden an. Durch die Explosion wurden zahlreiche Fensterheben des Hauses zertrümmert. Der Angeklagte, der diese Tat eingestand, sagte weiter aus, daß er nach Vollbringung der Tat dem Führer des Motorrades, dessen Namen er nicht nennen will, mit vorgehaltener Pistole Stillschweigen über die Vorgänge der Nacht geboten und ihm bedeutet habe, daß er ein Kind des Todes sei, wenn die Öffentlichkeit etwas erfahre.

Die der Ausführung des Handgranateneinschlages auf den Konsumvereinsladen Produktion in Binnerberg beschuldigten SS-Leute Gerlach und Furmester, die dort in den Mitternachtsstunden des 1. August mit einem Kraftwagen vorfahren und eine Stielhandgranate gegen das Haus warfen, bestritten die Täterhaft, obwohl diese durch Aussagen ihrer Kameraden vor dem Untersuchungsrichter feststeht.

Das Attentat in Rendsburg richtete sich gegen das Parteibüro und Verkehrslokal der KPD, auf das zwei Handgranaten geworfen wurden, die durch ein Fenster auf den Tisch der Gastwirtschaft fielen, dort explodierten und große Zerstörungen anrichteten. Der SA-Mann Rohweder, der die Handgranate warf, wurde durch herabfallende Sprengstücke schwer verletzt und von dem Reichstagsabgeordneten Moder und dem Standartenarzt Dr. Först heimlich fortgeschafft. Gegenwärtig ist er flüchtig. Der weitere an der Tat beteiligte SS-Mann und Zollwachtmeister Blahn ist geflüchtet.

Der Führer des Altonaer SA-Sturmes, Gastwirt Brodmann, der Inhaber einer berühmten Kneipe ist, wird beschuldigt, durch frühere Aussagen bezichtigt, das Attentat auf ein KPD-Local in Altona ausgeführt zu haben. Da aber die zum Werfen der Handgranaten bestimmten SS-Leute das Abziehen der Zünder vergaßen, blieben die Handgranaten auf der Straße liegen, ohne zu explodieren. Ein zweites Attentat, das auf das Altonaer Gewerkschaftshaus geplant war, kam nicht zur Ausführung, da die hierzu bestimmten SS- und SA-Leute in letzter Stunde den Mut verloren. Der Angeklagte bestritt entschieden, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Ausführlich erörtert wird noch die Beschaffenheit der Sprengstoffe, die nach der Anlage der Nationalsozialisten Bestmann geliefert haben soll. Der Angeklagte Blahn gibt zu, eines Tages ein großes Paket mit Sprengstoff in die Wohnung des SA-Mannes Heeßen gebracht zu haben, verweigert aber über die Herkunft des Sprengstoffes und über seine Verwendung die Aussage.

Am Donnerstag soll mit der Beweisaufnahme begonnen werden, für die zunächst 37 Zeugen und drei Sachverständige geladen sind.

Deut' abend Paul Löbe im Sender Silbersum

Am Mittwoch abend 19.10 Uhr spricht Paul Löbe über den holländischen Sender Silbersum auf Welle 296 über das Thema „Der 9. November und die Arbeiterhaft“.

Der Reichsinnenminister hat die Beschwerde des Sozialistischen Kulturbundes gegen das von dem

Reichs- und Funkkommissar Scholz ausgesprochene Verbot des Vortrages abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß der Arbeiterhaft das Recht auf den Rundfunk verweigert wird, während die Reaktion den Rundfunk fortgesetzt für ihre Zwecke mißbrauchen darf. Die wertvollen Hörer werden es daher begrüßen, daß auf dem Wege über den Arbeiterhafter in Silbersum der Vortrag gehalten werden kann. Sie werden aus Protest gegen die reaktionäre Haltung der deutschen Rundfunkstellen einmütig Silbersum einschalten.

Alle freiwillig gestellten Rundfunkhörer schalten deshalb am Mittwoch, 9. November, 19.10 Uhr (nicht wie ortsüblich im Programmzeitschriften und Presse bekanntgegeben 21.40 Uhr) um auf Silbersum, Welle 296 Meter. Der Sender Silbersum meldet sich: „Hier Sara Silbersum.“

Der Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V. bittet alle Rundfunkhörer, ihm Berichte über den Empfang des Silbersumers Senders, besonders aber über die Veranstaltung am 9. November einzusenden. Anschrift: Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V., Berlin SW 61, Gitschinerstraße 93.

Morgen Parteiausflug

Der sozialdemokratische Parteiausflug tritt am Donnerstag in Berlin zusammen. Er wird sich vor allem mit dem Ausgang der Reichstagswahlen beschäftigen.

Röhm macht den Bot zum Gärtner

Ein wegen Sittlichkeitsvergehen aus dem Warrant Ausgeschlossener wird oberster Moralhüter der SA.

Der Verfasser der weltbekannten schweizerischen Röhm-Briefe, Hitlers oberster SA-Führer Röhm, hat den Reichsbannerführer des Dritten Reiches, Herrn Münchmeyer, in die Oberste SA-Führung nach München berufen. In diesem Sinne hat er verfügt:

Bei den Gruppenkommandos sind ab sofort je ein SA-Geistlicher einzustellen. Die Herren Warrant müssen Wg. sein und stehen im Range eines Sturmabteilungsleiters z. B. 2. Befähigung bzw. Befähigungsurkunde nur durch die Oberste SA-Führung direkt. Bei den Feldgottesdiensten der SA, die möglichst mit Jahneinweihungen zu verbinden sind, sprechen ab 15. 10. 1932 nur die SA-Geistlichen. Der Wg. Warrant Münchmeyer, M. d. R., wird als Spezialreferent für die

Geistlichen in der SA, ab sofort in die Oberste SA-Führung berufen.

Der Reichsbannerführer des Dritten Reiches als Spezialreferent für Sittlichkeitsfragen und Moral, bestellt von Herrn Röhm, den Freund bolivianischer Negerknaben — das ist die Hitler-Partei!

Wie sich die Kirche mit dem „röhmischen“ Befehl abfinden wird, protestantische Geistliche unter das Kommando eines wegen Sittlichkeitsvergehens aus der Kirche ausgeschlossenen Münchmeyers zu stellen, wollen wir abwarten. Was der liebe Gott sagen wird, wenn seine Diener die SA-Stürme weihen, bevor sie zum Arbeiter-Mord ausziehen, wissen wir auch nicht.

Neue Gewalttaten der Nazis

Neue Bombenanschläge, neue Robereien gegen Frauen

Kiel, 9. November. (Eig. Fundbericht.)

Heute morgen ist vor dem Gerichtsgefängnis in Kiel ein nationalsozialistischer Bombenanschlag verübt worden. Eine Polizeistreife konnte einen Nationalsozialisten festnehmen, der sich gerade von einer von ihm gelegten Bombe entfernen wollte. Der Sprengstoffbehälter, der unmittelbar vor den Beamtenwohnungen niedergelegt worden war, wurde nach Ansicht der Polizei bei einer Explosion fürchterliche Verwüstungen angerichtet haben. Der Täter ist verhaftet.

Köln, 8. November. (Eig. Drahtber.)

In Köln-Mühlheim überfielen etwa zehn uniformierte Hitler-Leute, die mit einem Personenkraftwagen angefahren kamen, einen in Opposition stehenden Nationalsozialisten. Das Nazi-Weberkommando war mit schweren Knütteln und anderen Mordinstrumenten ausgerüstet. Der Überfallene und sein Begleiter wurden schwer mißhandelt. Zwei Polizeibeamte retteten sie. Die Täter konnten mit ihrem Auto entkommen.

Darmstadt, 8. November. (Eig. Drahtber.)

In Ober-Kamphart bei Darmstadt wurde die Frau eines Reichsbannermannes von einem Trupp Nazis durch Stöße auf den Kopf niedergeschlagen. So daß sie eine Gehirnerschütterung davontrug. Als ihr Ehemann sie aufheben wollte, schickte er einen Stich in den Rücken. Der SA-Sturmtruppführer Göbel, der als Täter festgenommen wurde, gebärdete sich verärgert, daß ihm Handschellen angelegt werden mußten.

In einem abern Dönnwald-Ort wurde ein Reichsbanner-Auto mit Steinen beworfen. Sechs Nationalsozialisten wurden als Täter festgenommen.

Es hat nicht lange vorgehalten

Nazi-Kammerpräsident zurückgetreten

Der Präsident der Landwirtschaftskammer Ostpreußens, Freiherr v. Buttlar, ist von seinem Amt als Kammerpräsident zurückgetreten. Die Ursache des Rücktritts liegt, wie der Nationalsozialistische Pressebericht mitteilt, in tiefgreifenden Differenzen mit der Nazi-Kammerfraktion der ostpreussischen Landwirtschaftskammer. Auch die Reichsleitung der NSDAP, die den Standpunkt der Kammerfraktion billigt, hat Buttlar fallen lassen.

SPD. interpelliert Herriot

Die französische sozialistische Kammerfraktion hat den Abgeordneten Renaud beauftragt, die Regierung über die kürzlich beschlossene Inangriffnahme des Baus des 26 000 Tonnen Linien-Schiffes „Dunkirk“ zu interpellieren. Das neue Linien-Schiff soll die Antwort auf den Panzerkreuzer „Deutschland“ darstellen. Die Fraktion hat ferner beschlossen in 24 großen Provinzialstädten Vorträge zur Verstärkung der Kampagne für die Abrüstung zu veranstalten.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigte Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. H. Reuendorff

56]

(Nachdruck verboten)

Die Händler bringen Eier, Feigen, ein Huhn, ein paar Rebhühner. Sie sind zehn bis zwölf Kilometer zu Fuß gegangen, um die Sachen an den Mann zu bringen. Kommt der Steuerunteroffizier, so packen manche ihre Waren wieder ein und verschwinden. Der Wert der Sachen beträgt selten mehr als fünf, sechs Reales; dafür müssen sie einen Real Steuer bezahlen. Die Offiziers- und Feldwebelstübe plündern sie zuweilen anstelle dem Vorwand aus, sie seien Verwandte ausländischer Krieger.

Zwei Asaris streiten im Selbstgespräch mit einem alten Marokkaner um den Preis eines Paketes Le. Der Händler geht nicht herunter, die Soldaten flüchten weiter. Die Stimmen werden immer lauter. Wieder einmal kann man den Unterschied zwischen den freien, ausländischen und den „vollständigen“ Krieger feststellen. Die letzteren sind von der Selbstbehauptung und Ueberbehauptung der spanischen Soldaten angezogen. Jantun lieh in ihrer Sprache, so schreiben sie spanische Ausdrücke und Schimpfwörter ein: Konjo, Panjeta, Godeputa (etwa: A... los, Sureñojn).

Das Marktreiben wird lebendiger. In der Kleidung der Eingeborenen herrscht Weich vor. Ein paar gelbbraune Tüchlein und die Kaitröde der Soldaten bringen etwas Abwechslung in das Bild. Der Steuerunteroffizier kommt. Ein Asier versucht ihn vergebens davon zu überzeugen, daß er nichts verkauft habe; er zeigt ihm fünf Hühner, die er in einem kleinen Nest nebeneinander auf die Erde gelegt hat.

„Los, los!“ drängt ihn der Unteroffizier und hält ihm die Hand hin. „Krit raus oder verschwinde!“

Der Marokkaner macht aufgeregt eine Sprengung: „leg die dreifache Hand an den Lenden! Herr Unteroffizier, wart! Wenn ich verkaufe, marra marra (gleich, gleich) bezahlen. Chentia perra ichita, fünf Hühner!“

Der Unteroffizier gibt nicht nach. Der Marokkaner blinzelt verzweifelt umher. Im Hintergrunde marschieren ein Bodeen auf und ab; das Bajonett blüht in der Sonne. Der Marokkaner

will dem Unteroffizier klar machen, er habe auf Rücksicht von ihm gerechnet und sei nun enttäuscht.

„Ich glaube, du meinst Verlor gut sein. Zu Befehl!“

Er grüßt nochmals, packt die Eier ein und geht.

Den Draht entlang kommt ein Mädchen von ungefähr elf, zwölf Jahren. Große kindliche Augen in einem sanften, stillen Gesicht. Ein ehemals weißes Gewand reicht ihm bis zu den Füßen. Als es merkt, daß wir es ansehen, zieht es einen Lappen von der Schulter und bedeckt sich das halbe Gesicht, wobei es das Tuch mit den Zähnen festhält. Sein Körper hat noch nicht die Merkmale der Reife. Er ist so zart und ungeschlechtlich, daß die Berichtsmäherer mit dem Schreier, weil verführt, nur Rückschlüsse ziehen kann. Als es näher kommt, hockt es sich plötzlich auf einen Fuß hin und nimmt den andern in die Hand. Es weint laut und ruckhäftig. Ich gehe zu ihm hinüber; es sieht mich zugleich ermaunt und juchend an. Rotes Blut rinnt über seine Zehen. Es geht barfuß und hat in eine flachenherbe getreten; die Wunde geht mitten über die Fußsohle. Der Hofen wird wohl ein Verbandpäckchen haben. Er leidet es mir, und ich verbinde es, so gut es geht. Ohne ein Wort zu sagen, hinkt es mit dem geseckelten Fuß davon. Als ich wieder auf dem Marktplatz stehe, blinzelt mir ein Feldwebel zu und rügt mich mit dem Schwegen an: „Verfucht! Die Kleine hat Sphäris, Tripper und die ganze Janitharenmahl!“

Erst bin ich überrascht und befremdet; dann wundere ich mich selbst über diese Redungen. Natürlich! Vater und Brüder sind im Kriege. Die Aiten suchen sich dadurch zu erhalten, daß sie elende Waren auf den Markt bringen. Für die Kinder ist Unschuld — wenn sie überhaupt einmal ungeschuldig waren — eine Gefahr mehr. Die Soldaten nehmen alles mit.

Ich gehe nach der Hauptstraße, die durchs Lager führt und es in zwei gleichgroße Hälften teilt. Hier liegen die Kommandantur und die Parade von Kurrito, — die beiden mächtigsten Gewalttaten im Lager, die eine in militärischer Hinsicht, die andere zivil. Die Kamtine ist eine Zweijährerlehre der großen Amazone, die Kurrito in der Ferkung beigt. Vor kaum vier Jahren lag der Mann noch mit einem kleinen Gelb und zwei Hühneraugen hinter den Kolonnen her. Die Katastrophe bei Anual hat die anderen ruiniert, ihn nicht; jetzt hat er zehn eigene Soldaten, leiert mehrere Regimentern Lebensmittel und hat in jedem Lager eine Parade aufgeschlagen, in der es alles gibt, was die Herren Offiziere nur wünschen können: Tabak, Pfeffer, feine Konserven, Flaschenbier, Zeitungen und Zeitungsblätter. Der Verzeirer Kurritos ist ein Kesse von ihm; er hat schwarzes Haar und sieht wie ein Operntenor aus. Er verachtet

mit den Offizieren und verachtet den gemeinen Mann so sehr, daß sich die Leute in seiner Gegenwart bedrückt fühlen und nicht mehr bei ihm kaufen wollen. Bianca wollte er einmal nicht für zwanzig Centimos Wein verkaufen, weil er sonst von seinem Schmelz hätte aufstehen müssen. Bianca hatte bemerkt: „Sie müssen mir Wein geben, wenn ich mit dem Gelde in der Hand herkomme!“

Kurrito — man nennt ihn wie seinen Onkel — sah ihn von Kopf bis zu Füßen wahrhaft herrenmäßig an und jagte langsam: „Lauter!“

Verdutzt, gelb und grün vor Ärger, ging Bianca hinaus. Er wußte, daß Kurrito eigentlich Soldat war, aber Zivil trug und kein hübschen Dienst machte.

Ich besuche die Zeitungsauslage. Die Blätter sind reichlich alt, aber nachher kommt der Transporter, darunter zwei Lastautos für Kurrito, und bringt Neuigkeiten mit. Bianca treibt sich mit ein paar Kameraden in der Nähe herum.

„Was machst du?“

„Man hat uns hergeschickt; wir sollen die Autos für Kurrito abladen!“

Das ist mir neu; Bianca sieht, daß ich überrascht bin, und erklärt: „Was soll man machen? Sie befehlen es von oben.“

Mein Schweigen ermutigt ihn; er fährt fort: „Ich weiß verdammt nicht, was mit Kurrito los ist! Das heißt: ich weiß schon! Die Burtschen der Offiziere, die ihre Familien in der Ferkung haben, und ein Landsmann vor mir, der bei Kurrito angestellt ist, haben's mir erzählt. Alle Offiziere kaufen bei Kurrito, aber bezahlen, ausgeschlossen! Kurrito mahnt nicht, er verdient genug. Sie liefern uns die Garbanos (Kugelrunde weiße Bohnen) mit Würmern, der Reis ist ein Brei, den kein Löffel schlucken kann. Aber es ist nicht nur das. In den Amazonen hat Kurrito mehr als fünfzehn Angestellte und Arbeiter, die er sich aus der Truppe geholt hat. Sie schaffen wie die Regier bloß fürs Essen. Und was fürn Essen! Mein Bekannter lehnt sich nach dem Kafenernfüter! Cines Tages hatten sie drei Lastautos abgeladen, und er kriegte einen kleinen Kram mit Kurritos Frau. Da drohte ihm der Geld, ihn zur Kompanie zurückzuführen, als wenn er der Oberst selber wäre. Mein Landsmann ist von der dritten Kompanie und war bisher abkommandiert. Natürlich heißt er den Kram. Ist die Kompanie in der Ferkung, und schmeißen sie einen bei Kurrito raus, so gib's Arrest. — Im Lager heißt wieder ran an den Ball. So geht's bei Kurrito. Ich sag nicht's mehr. Krieg ist Krieg! Bianca erzählt, daß man die Toten am Morgen weggeschafft und nicht gemerkt habe, daß ihnen die Stiefeln fehlten.“

Noch einige Anmerkungen zum Wahlergebnis

1. Die Verluste der Bayerischen Volkspartei

A. Kr. Es wird den Lesern unseres Blattes bei der Lektüre der Wahlergebnisse aufgefallen sein, daß ausgerechnet die bayerische Volkspartei verhältnismäßig starke Verluste erlitten hat, fast so stark wie die am stärksten Betroffenen, die Nationalsozialisten. (Das gilt auch, wenn man berücksichtigt, daß die Verluste von Prozentzahlen immer milder sind, wenn die absoluten Zahlen, aus denen die Prozentzahlen errechnet wurden, absoluten Größenordnungen angehören, wie es die Stimmzahl der NSDAP und die der nur auf ein Land beschränkten bayerischen Volkspartei sind.) Man könnte nun geneigt sein, diese Verluste politisch besonders auszuwerten. Da sich gerade die bayerische Volkspartei durch ihren Parteiführer, Staatssekretär Wagner, wie durch den bayerischen Ministerpräsidenten Heß in den letzten Monaten besonders heftig gegen Papen eingestellt hat, könnte man aus diesem besonders starken Rückgang der bayerischen Volkspartei einen besonderen Erfolg Papens herauslesen. Das hat die Papenpresse denn auch zum großen Teil getan. Das ist aber nicht berechtigt. Denn bei näherer Prüfung der Tatsachen stellt sich heraus, daß die besondere Größe des Rückgangs der bayerischen Volkspartei nur scheinbar, in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist.

Das liegt zunächst daran, daß der Rückgang der Wahlbeteiligung gerade in Bayern besonders stark ist. Während der Rückgang der Wahlbeteiligung im Reichsdurchschnitt 3,3 Prozent beträgt, beträgt er in Bayern 7,3 Prozent, also gerade in den Gegenden, in denen die Bayerische Volkspartei allein zu Hause ist. Der Stimmrückgang der Bayerischen Volkspartei beträgt 10,2 Prozent. Infolgedessen bleibt für sie nach Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung in Bayern ein wirklicher Stimmrückgang von nur 2,9 Prozent. Das ist kaum mehr als das Zentrum verloren hat und weit weniger als die SPD und selbst als die SPD verloren hat. Es kann also nicht von einer besonderen Niederlage der Bayerischen Volkspartei die Rede sein. Dieser Verlust der Bayerischen Volkspartei ist aber noch weiter dahin, wenn man den Dingen noch tiefer auf den Grund geht. Der auch sehr noch verbleibende Rückgang an Stimmen für die Bayerische Volkspartei erklärt sich nämlich zum größten Teil daraus, daß die Stimmzahl der Bayerischen Volkspartei am 31. Juli künstlich überhöht war. Aus dieser Tatsache erklärt sich ja auch, zum Teil wenigstens, der stärkere Rückgang der Wahlbeteiligung gerade in Bayern. Am 31. Juli haben nämlich offensichtlich mehrere hunderttausend Wähler aus anderen Gegenden Deutschlands in Bayern gewählt, da Bayern ja derjenige Teil Deutschlands ist, der wohl den größten Überfluß von Fremden über die eigenen Landesgrenzen hinweg, die in andere Gebiete verreisen, aufzuweisen hat. Infolgedessen stehen in den Stimmziffern der Bayerischen Volkspartei auch Wahl wie in den Stimmziffern Bayerns überhaupt vom 31. Juli die Stimmen größerer Mengen deutscher Wähler aus anderen Gegenden, z. B. Zentrumswähler aus Norddeutschland, die in Bayern natürlich nur Bayerische Volkspartei wählen konnten, da in Bayern das Zentrum keine Kreiswahlvorschläge hat. Das hat natürlich so war, geht auch aus der auffallenden Tatsache hervor, daß einige norddeutsche Großstädte als einzige überhaupt keinen Rückgang der Wahlbeteiligung aufweisen, sondern eine Zunahme der Wahlbeteiligung, z. B. Groß-Berlin, wo diesmal 120 000 Stimmen mehr abgegeben worden sind als am 31. Juli, und unter anderem Frankfurt a. M. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß z. B. in Berlin als in der einzigen Stadt die Nationalsozialisten mehr zugewonnen haben, als die Nationalsozialisten verloren, während sonst im Reich die Nationalsozialisten überall weitläufig mehr verloren haben als die Deutschen gewonnen haben. Die wohlhabenderen Schichten, die nationalsozialistisch wählen, waren eben am 31. Juli auf Semmerweis, und so war damals auch umgekehrt in Berlin die Stimmzahl für die Nationalsozialisten künstlich verringert. Solche Verhältnisse werden auch noch in manch anderer Beziehung bei dem gegenwärtigen Wahlergebnis zu berücksichtigen sein. Dies ist aber wohl der Hauptfall, das heißt der Fall, der sich politisch am stärksten ausgewirkt hat. Jedenfalls ist es aber mit einer besonderen Wahlniederlage der Bayerischen Volkspartei nichts.

2. Das Schicksal der SPD in den einzelnen Teilen Deutschlands

Die SPD hat bei der letzten Wahl in den einzelnen Teilen Deutschlands sehr verschieden abgesehen. Es gibt Bezirke, in denen überhaupt keine Verluste eingetreten sind, und es gibt auch Bezirke, in denen recht erhebliche Verluste vermerkt werden müssen. Am besten von allen Wahlkreisen Deutschlands hat Ober-Schlesien gewährt. Überhaupt hat der ganze deutsche Osten mit Ausnahme von Pommern, das ausgesprochen schlecht gewählt hat, recht gut gewählt, darunter vor allem neben Ostpreußen und dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und der Grenzmark auch ganz Schlesien. Ober-Schlesien haben wir bereits genannt. Der Bezirk Breslau hat nicht schlechter gewählt als der Durchschnitt des ganzen Reichs, und Nieder-Schlesien (Wienitz) hat sogar recht gut gewählt. Es gehört zu den Bezirken, die, wenn man den Rückgang der Wahlbeteiligung berücksichtigt, eigentlich überhaupt keinen Verlust aufweisen. In Ober-Schlesien hat sich die Stimmzahl der Sozialdemokratie sogar um weitere 6 Prozent verbessert, nachdem auch schon am 31. Juli Ober-Schlesien seine Situation stark verbessern konnte. Ausgesprochen gut hat diesmal auch Sachsen gewählt. In den beiden Wahlkreisen Chemnitz-Zwickau und Leipzig ist unter Berücksichtigung des Rückganges der Wahlbeteiligung sogar eine Stimmzunahme zu verzeichnen, während der Wahlkreis Dresden-Bautzen genau dem Reichsdurchschnitt entspricht. Auch Mitteldeutschland (Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt) hat relativ gut gewählt. Ebenfalls ist die ganze Vaterlande, die Wahlkreise Meier-Ems, Schlewig-Holstein und Mecklenburg, auch Südhannover hat eine Verbesserung der Parteiposition gebracht. Wie gestern bereits in einem anderen Artikel dargestellt worden ist, dürfte das zum großen Teil darauf zurückzuführen sein, daß unsere Partei in den Ländern, in denen gegenwärtig die Nationalsozialisten regieren, besonders gut abgeschnitten hat. Das gilt für Oldenburg, Mecklenburg, Thüringen und Anhalt, wie auch für Braunschweig. In den Provinzen Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin hat die SPD sogar ein wenig zugenommen, auch im Freistaat Anhalt ist das unter Berücksichtigung des Rückganges der Wahlbeteiligung festzustellen. Dem entspricht auch, daß in diesen Ländern die Nazis besonders stark verloren haben. Am schlechtesten hat diesmal der ganze deutsche Südwesten, nämlich die Länder Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt gewählt. Und zwar fällt dabei Württemberg durchaus den Rekord. Die besonderen Gründe dafür lassen sich schwer übersehen. Es wird in diesen Bezirken vor allem die Wirkung der Parteiorganisationen dringend notwendig sein. Auch ein großer Teil der Mark Brandenburg hat relativ schlecht gewählt, ebenso Oberbayern und ein Teil von Westfalen. Der Westen hat zum Teil recht gut gewählt, so besonders Rhin-Lahn und Rhenland, also gerade die beiden Wahlkreise, die Hochburgen des Zentrums sind. Die übrigen Westfalen, insbesondere der industrielle Westen des Ruhrgebiets, entspricht fast ganz dem Verhalten der Partei im Reichsdurchschnitt.

Ein besonderer Fall ist Groß-Berlin. Die für Groß-Berlin errechnete Wahlergebnisse ist zwar an sich selbst nicht besonders schlecht, der Rückgang der Partei ist hier nur wenig stärker als im Reichsdurchschnitt. Trotzdem muß gesagt werden, daß gerade in Berlin die Partei schlecht abgeschnitten hat und daß offensichtlich der von den Nationalsozialisten und Kommunisten lediglich als Wahlmasse in Betracht zu ziehende Arbeiterviertel tatsächlich diesen Parteien den erwünschten Erfolg gebracht hat. Die 10,5 Prozent Rückgang unserer Wahlstimmen in

Berlin müssen nämlich im Gegensatz zu allen übrigen Bezirken dort als reiner Verlust der Partei gerechnet werden. Denn wie schon oben dargestellt, ist Groß-Berlin der einzige Teil Deutschlands, in dem überhaupt kein Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist, in dem vielmehr umgekehrt eine Steigerung der Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist. Die Folge ist, daß man für Groß-Berlin ungefähr einen wirklichen Stimmenverlust der Partei von 11 bis 12 Prozent rechnen muß. Das reicht aber beinahe an den wirklichen Verlust heran, den Württemberg aufzuweisen hat. Übrigens hat die NSDAP nur einen ganz geringen Vorteil von dem Verlustgebiet gehabt. Die SPD hat durchaus den Nachhaken abgehängt. Denn bei einer Zunahme der Wahlbeteiligung von 5 Prozent hat die NSDAP in Berlin in Wirklichkeit 10 Prozent verloren. Dagegen hat die SPD dort 19,2 Prozent reinen Gewinn zu verzeichnen.

Besonders bemerkenswert ist, daß gerade die Wahlkreise, in denen die SPD noch gewisse, wenn auch in der Zwischenzeit

sehr stark zusammenschmolzene Stimmkräfte hat, für die SPD nicht schlecht gewählt haben. Der Bezirk Breslau und der Bezirk Dresden-Bautzen haben durchschnitlich gewählt. Nicht schlechter als der Reichsdurchschnitt, aber auch nicht besser. Der Wahlkreis aber, in dem bei der letzten Reichstagswahl am 31. Juli die SPD noch am stärksten war, nämlich der Bezirk Chemnitz-Zwickau, in dem damals allein fast 20% aller für die SPD abgegebenen Stimmen abgegeben worden sind, hat für unsere Partei diesmal ausgesprochen gut gewählt. Er hat unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung einen Stimmzunahme von 2,1 Prozent aufzuweisen. So kann man wohl sagen, daß nicht nur die Spalter-Partei selbst eine erledigte Angelegenheit ist, sondern daß auch die von der Spaltung ausgegangene Lähmung der Kraft unserer Partei heute in den meisten Fällen überwunden ist. Gerade die Bezirke, in denen die Spalter am stärksten waren, sind im Wiederaufstieg bzw. entsaften dieselbe Stärke wie die Partei im ganzen.

Naziregierung kriecht zu Kreuze

Sie legt auf ein Ultimatum den Bürgermeister von Culin wieder ein

Oldenburg, 8. November. (Eig. Drahtber.)

Der deutschnationale Bürgermeister von Culin, Dr. Stoffregen, der dieser Tage von dem Nazi-Regierungspräsidenten in Culin mit Gewalt seines Amtes entbunden wurde, ist vom oldenburgischen Nazi-Ministerium am Dienstag wieder eingesetzt worden.

Stoffregen hatte der Nazi-Regierung ein Ultimatum gestellt und mit der Behörde an den Reichsinnenminister gedroht. Diese Drohung hat die Naziselben und Naziminister zu dem Rückzug veranlaßt. In der Nacht zum Dienstag erhielt der Nazi-Regierungspräsident den telegraphischen Befehl, die Forderung des Bürgermeisters von Culin zu erfüllen. Inzwischen hat Stoffregen gegen den Nazi-Regierungspräsidenten in Culin Strafantrag wegen Freiheitsberaubung und Nötigung gestellt.

Naziverleumder verurteilt

Neubrandenburg, 8. November. (Eig. Drahtber.)

Das Schöffengericht Neubrandenburg verurteilte am Dienstag zwei Redakteure des nationalsozialistischen „Niederdeutschen Beobachters“ wegen Verleumdung und Beleidigung des Streikler Stahlhelmgangführers Major a. D. Braun zu je drei Monaten Gefängnis. Ein dritter Redakteur erhielt eine Geldstrafe von 400 Mark bzw. 20 Tage Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte wegen gemeinschaftlicher öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede. In einem Artikel des nationalsozialistischen Blattes war der Stahlhelmgangführer sehr heftig angegriffen worden. Er wurde als Denunziator und unmaßgeblicher Mensch bezeichnet, der eine „besondere Eidesauffassung“ habe.

Ist das etwa keine Klassenjustiz?

Neues Schreckensurteil gegen Kommunisten Freispruch von SS.-Leuten unter niedrigem Vorwand

Stralsund, 8. November. (Eig. Drahtber.)

Die ungeheuerlichen Strafanträge des Oberstaatsanwalts Dr. Wandersleben im Greifswalder Prozeß sind am Dienstagmittag durch das unter größte Spannung gefällte Urteil des Schwurgerichts verwirklicht worden. Fünf Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt, fünf erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einmonatigen Jahren, sieben wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die Verurteilung erfolgte bei den zu Zuchthaus bestrafte Angeklagten wegen vorsätzlicher Tötung, bei den anderen hielt das Gericht schwere Landfriedensbruch für gegeben. Die Verurteilten sind sämtlich Arbeiter und gehören, soweit sie politisch organisiert sind, der kommunistischen Partei an.

In kurzer Zeit werden sich 13 Nationalsozialisten wegen schweren Landfriedensbruches vor Gericht zu verantworten haben. Die Anklage erfolgte wegen mehrerer Zusammenstöße, die sich am gleichen Tage ereigneten, wie die blutigen Zwischenfälle, die dem jetzt zu Ende geführten Prozeß zugrunde lagen.

Schwerin, 8. November. (Eig. Drahtber.)

Ein unmögliches Urteil fällte am Dienstag die Große Strafkammer Schwerin. Es hatten sich zwei SS.-Leute zu verantworten, weil sie in der Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung „Das freie Wort“ eine Karikatur von Dr. Goebbels jertischen hatten. In diesem Tatbestand sah die Anklagebehörde ein Verbrechen gegen die Notverordnung gegen den politischen Terror. Der Staatsanwalt beantragte deswegen gegen beide Angeklagte je ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten dagegen frei und fand dafür folgende merkwürdige Begründung: Es wird festgestellt, daß die Nationalsozialisten widerrechtlich in die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung eingedrungen sind und daß sie das Plakat gewaltsam entfernt haben. Sie sind auch von dem Geschäftsführer aufgefordert worden, das Plakat zu verlassen und sie haben auch dem Geschäftsführer das Plakat entzogen. Zugleich ist die Strafkammer der Meinung, daß die Angeklagten ihrem Führer Goebbels bewußt Nachhilfe leisteten und sie deshalb in Notwehr gehandelt haben. Sie seien demnach freizusprechen. Der Haftbefehl wurde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Was soll nun werden?

Was der „Deutsche“ dazu meint.

Unter dem Titel „Nicht abwarten“, besaß sich das Organ der Christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“, mit der Frage, was nach dem Ausgang der Wahlen werden soll. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Verheerungen des „Deutschen“ diesmal mit der Auffassung deutlich sind, die gegenwärtig in maßgebenden Zentren der Kreise vorherrschend ist. Der „Deutsche“ schreibt:

„Hugenbergs Presse schreibt jetzt, die Deutschnationalen Partei besitze die Schlüsselstellung im Parlament und habe jetzt die Faust an der Gurgel der parlamentarischen Parteiwirtschaft“. Sie werde jede Möglichkeit zu einer reaktionären Wiederbesetzung des Weimarer Parlamentarismus, über die Bildung einer parlamentarischen Regierung, verhindern. Diese Offenherzigkeit ist zu begrüßen. Die anderen Parteien wissen, was sie von einer „nationalen Konzentration“, wie sie Hugenberg will, zu erwarten haben. Es ist ausgeschlossen, daß sich Nationalsozialisten, Zentrum und Christlich-Soziale dafür hergeben werden. Daraus ergibt sich alles weitere. Die Basis einer Not- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, wie sie Kaas und Brüning fordern, muß so breit wie nur möglich sein und in erster Linie eine Stütze bei den Massen des Volkes finden. Das in diesem Augenblick nicht an eine Mehrheitsbildung koalitionsfähiger Art wie früher zu denken ist, ist klar. Es ist eine Regierung zu lassen, deren führende Männer Vertrauen im Volke haben und eine Mehrheit im Reichstag finden, die ihnen die Möglichkeit gibt, zu arbeiten. Der Reichstag soll sie später nach ihrer Politik und ihren Taten beurteilen. In diesem Sinne muß nun der Reichstag selber die Initiative ergreifen, er darf nicht abwarten, bis die Regierung für gut befunden, ihn einzuberufen. Er muß die Rechte des Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, zur Geltung bringen und die Führung übernehmen. Es wäre falsch, die Vorschläge und Pläne Papens abzuwarten. Die Lage ist klar, die Aufgabe ist gestellt. Sie kann nicht gelöst werden auf dem Wege einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern, welche die

Hugenberg-Presse kurz so charakterisiert: „Die Parteiführer sollen verhört werden.“ Beim Reichspräsidenten liegt die letzte Entscheidung.“

Es ist anzunehmen, daß das Zentrum im Sinne der vorstehenden Betrachtungen bereits bestimmte Schritte eingeleitet hat.

Berichtigtes Wahlergebnis

Amlich wird mitgeteilt:

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises Nr. 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 881 gültige Stimmen höher ist als das zuerst gemeldete. Der Anteil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an dieser Stimmzahl beträgt 18 882. Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, daß der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfaßt damit insgesamt 583 Abgeordnete.

Die für die Sozialdemokratie in Franken errechnete Stimmzahl zeigt ebenfalls eine Verringerung. Am 6. November wurden in Franken für die Sozialdemokratie 259 222 Stimmen (nicht 278 644 wie gemeldet) abgegeben gegen 313 471 am 31. Juli.

Die Bayerische Volkspartei teilt mit, daß sie noch ein 20. Mandat im neuen Reichstag erhält auf Grund der Reststimmen der Wirtschaftspartei in den außerbayerischen Wahlkreisen, die ihr auf der Reichsliste zugutekommen.

Der Reichsrat arbeitet

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich am Dienstag mit den Richtlinien für das Rundfunkwesen: das Kulturprogramm, die Satzungen der Reichs Rundfunk-Gesellschaft und der einzelnen Sendegesellschaften und die Dienstverordnungen für die Rundfunkkommissare. Die Vorbesprechungen mit den Ländern hatten, wie sich herausstellte, noch keineswegs eine weitgehende Einigung ergeben, so daß beschlossen wurde, die Beratungen zunächst von einem Ausschuss fortsetzen zu lassen. Es ist zu erwarten, daß die Beratungen noch in dieser Woche abgeschlossen werden.

Am Donnerstag-Nachmittag um 5 Uhr findet eine öffentliche Sitzung des Reichsrats statt. Die preussische Staatsregierung dürfte in dieser Sitzung mit einer Erklärung hervortreten, falls die Papen-Barone sich in der Zwischenzeit immer noch nicht zu einer lokalen Durchführung des Leipziger Urteils entschlossen haben sollten.

SS. im Saargebiet verboten

Die Regierungskommission des Saargebiets hat sämtliche militärische Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln, mit sofortiger Wirkung verboten. Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt: In der Nacht zum 2. November sei in Saarbrücken ein Flugblatt verbreitet worden, das die Bevölkerung gegen die Polizeiorgane aufzuwiegeln versucht habe.

„Völkischer Beobachter“ verboten

München 9. November. (Eig. Funfber.)

Der „Völkische Beobachter“ ist am Dienstag abend von der Polizeidirektion München mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November verboten worden. Das Verbot ist auf Grund der Notverordnung vom 14. Juli 1932 erfolgt, und zwar wegen eines Artikels in der Ausgabe vom 7. November, dessen Überschrift lautete: „Herr von Papen hält eine von Verunglimpfungen gegen Adolf Hitler strotzende Rundfunkrede“.

Landtag nicht vor Ende November

Der Preussische Landtag wird nach den Vereinbarungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht vor dem 22. November zusammengetreten. Man erwartet, daß bis dahin sowohl über die politische Gestaltung der Dinge im Reich als auch in Preußen eine gewisse Klärung erzielt werden kann. Entsprechende Schritte sind zu diesem Zweck bereits eingeleitet. Das Ziel ist vor allem die Beilegung des Herrn von Papen.

Arbeiter-Sport

Finale um Breslauer Fußballmeisterschaft

Das große Rätselraten, wer nun endlich Breslauer Fußballmeister werden wird, sollte am kommenden Sonntag seine Lösung finden. Nach Beendigung der zahlreichen Serienspiele und der abschließenden Ermittlungsspiele für die Endspielgegner stehen dieselben nunmehr in Falte und WB. fest.

Mit großer Spannung erwartet man das Aufeinander-treffen der beiden Endspielgegner. Falte hat dazu folgende Aufstellung bekanntgegeben:

Spielleitung: Weiße Hofe, weißes Hemd. Müller, Pohl, Schwabe, Ruffert, Herzog, Gramer, Leulshner, Pölch, Junge, Hoffmann und Pohl. In dieser selben Aufstellung hat Falte die Gruppenmeisterschaft errungen und auch die Ermittlungsspiele bis zum Endspiel bestritten. Schwache Punkte sind in der Mannschaft kaum zu finden.

WB., die erstmalig in einem Endspiel um die Meisterschaft stehen, werden in folgender Aufstellung versuchen, den Titel an sich zu bringen. Spielleitung: Weiße Hofe, rotes Hemd. Keller, Leiche, Bittermann, Polonek, Zhielch, Stefan, Freier, Muschale, Gläser, Warlus, Beder. Auch WB. wird also in derselben Aufstellung das Endspiel bestritten, in welcher die Serienspiele und die Ermittlungsspiele durchgeführt wurden. Wie sind nun die Aussichten der Mannschaften? Ganz ohne Zweifel steht fest, daß man selten zwei derart starke Mannschaften im Endspiel findet. Fast dasselbe System spielend, haben beide eine unendliche Ausdauer und einen Kampfesgeist, der nie leicht zu brechen ist. Das Spiel selbst wird ohne Zweifel seinen Reiz auf die Zuschauer nicht verfehlen. Wer aber den endgültigen Sieger stellen wird, das läßt sich im voraus nicht sagen. Da das Spiel bis zur endgültigen Entscheidung geht, ist der Spielbeginn bereits auf 14 Uhr gelegt worden. Der Sparte-Platz am Schlachthof wird am Sonntag das Ziel Tausender sein, die selbst mitzuleben wollen, wer Breslauer Bezirksmeister für das Jahr 1932 wird.

Fußball

Eintracht, Janowitz. 11. November, 20 Uhr, außerordentliche Vollversammlung.
SS. Stern. 11. November, 20 Uhr, außerordentliche Vollversammlung im Vereinslokal.
V.f.B. 1920. 13. November, 9 Uhr vormittags, Generalversammlung in Gaudau.
Diana-Stein. 11. November, 20 Uhr, Vollversammlung.
F.S.B. 1925. 11. November, 20 Uhr, Vollversammlung.
Niemann-Karlern. 11. November, 20 Uhr, Vollversammlung bei Seidel. Vereinsgegenstände mitbringen. Theaterspieler um 19 Uhr.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Freie Turnerschaft Breslau, 4. Männer-Abt. 11. November, 20.30 Uhr, Jugendversammlung, Geräteraum der Turnhalle.
16. November — Bußtag — ab 19 Uhr, Heimabend, Siebenhufener Straße 62. Filmvortrag „Die Wiener Olympiade“.

Wassersport

Freie Rudervereinigung Breslau. 13. November, 9 Uhr, alle männlichen Mitglieder im Bootshaus: Floßherausnehmen.
Freie Schwimmer Breslau e. V. Abteilung Nord. Donnerstag, 10. November, 19 Uhr, im Gemeinschaftshaus gemeinsame Sitzung von Abteilungsvorstand und Abteilungs-jugendauschuß. — Kampfrichter. Sonntag 14 Uhr pünktlich vor dem Hallenschwimmbad. Sportkleidung nicht vergessen. Abteilungs-schwimmwarte Stoppuhren mitbringen.

Freie Menschen Breslau

Wir erjühen folgende Zeiten unserer Heimveranstaltungen zu beachten: Am Sonntag, ab 3 Uhr, in unserem Heim: Sunter Nachmittag. Montag von 5-8 Uhr: Kindergymnastik; 8-10 Uhr Erwachsene mit Höhenjonne; 8-10 Uhr: Jugendabend. Dienstag: 8 Uhr: Gruppenabend (Vortrag). Mittwoch: 5-8 Uhr: Kindergymnastik; 8-10 Uhr: Erwachsene mit Höhenjonne. Donnerstag: Arbeitsgemeinschaft 8 Uhr im Heim.

Freitag: 5-8 Uhr: Kindergymnastik; 8-10 Uhr: Erwachsene mit Höhenjonne. Sonnabend: 8 Uhr: Schachabend und Langkreis der Jugend. Jeden Dienstag, 2 Uhr: Training der Schachklub wird am Sonntag das Ziel Tausender sein, die selbst Schach, Spielen usw. täglich im Heim von 10-4 Uhr.

Arbeiter-Nach- und Kraftfahrer Breslau

Arbeiter-Nach- und Kraftfahrer Rietzendorfer-Karlitz. Am 12. November, abends 8 Uhr, Quartalsabrechnung; 7 Uhr, Generalversammlung; wichtige Tagesordnung.

Arbeiter-Samariter-Bund

Arbeiter-Samariterkolonne, 4. Abteilung. Mittwoch 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Rauch, Bormerstraße. Mitgliedsbücher mitbringen. — 8. Abteilung. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Beder, Hundsfelder Straße.

Die sozialistische Zeitschrift

Die notwendige Broschüre

Das billige Buch



Nazi-Paradiese.

Es gibt jetzt schon eine Reihe „Nazi-Paradiese“. In einer eben erschienenen Broschüre sind sie einmal etwas genauer betrachtet und Berichte aus 10 Nazi-Paradiesen veröffentlicht worden. Überall haben die Nazis nicht nur völlig verlagert, sie haben bemußt oder aus völliger Unfähigkeit zur Katastrophe getrieben. Fürchterlich ist die Regierungswirtschaft in diesen Nazi-Paradiesen. Jeder Bericht ist eine Anklage gegen die Nazi-Partei und eine Warnung, Deutschland nicht diesen Katastrophopolitikern auszuliefern. Hier ist das Material zusammengetragen, das erfolgreich gegen die Nazi-Partei zu gebrauchen ist. Sie kostet nur 10 Pf.

Familien-Anzeigen

Deutscher Bauwerksbund

Am 7. November verstarb unser Mitglied, der

Max Kramer

im Alter von 63 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.
 Einäscherung: Freitag, den 11. November, 16 Uhr,
 im Krematorium Grabschen.

Am 7. November verschied unser wertiges Mitglied

Frau Anna Anders

geb. Schmalder
 im Alter von 66 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Ortsverein Groß-Breslau
 Beerdigung: Donnerstag, 10. November, nachm. 3 Uhr,
 von der Leichenhalle des neuen Mauritius-Friedhofes.
 Trauerhaus: Brockauer Straße 6. Distrikt 26.

Am 7. November 1932 verstarb nach 4 tägiger
 Krankheit unser geliebtes, einziges Mädel und
 Schwesterlein, Enkeltochter, Nichte und Cousine

Irmgard

im zarten Alter von 3 Jahren.
 Breslau-Tschansch, Karl-Legien-Straße 41
 In tiefer Trauer
Familie Max Berger
 Beerdigung: Donnerstag, den 10. November,
 nachmittags 3 Uhr, Friedhof: Gaudauer Straße.

STADTHEATER

Mittwoch 20 bis 22.30

Abonnementvorstellung F 5

Der Troubadour

Donnerstag, 19.30 bis geg. 23

Der Teufelskreuzer

Freitag, 19 bis gegen 23

Uraufführung

Siebesstrategie

Täglich 20.15 bis 22.10

Romödie der Irrungen

Gerhard Hauptmann

THEATER

Täglich 20.15 bis 22.15

Donnerstag, 17. April

Sonnabend, 20.15

Neu einstudiert

Die Ratten

Serliner Tragikomödie

von Gerhard Hauptmann

Schauspielhaus

Opernplatz 10

Telefon 763 00 Tägl. 2 x

16.30 und 20.15 Uhr

Der letzte Walzer

nachm. 3.00 bis 1.25

abends 8.00 bis 2.50

Sonntag nachm. Abendpreise.

Parteitrennde

kauft an Bahnhöfen,

verlangt in Hotels,

Restaurants, Cafés

stets die

Volkswacht

Gustav Sternagel-Saase

Brauerei „Zum Birnbaum“

Breite Straße 8 / Telefon 51620

Ausschank von

Dominikaner-Vod

Märzen- und Bernhardinobier

Versand in Flaschen u. Gebinden

Siphons à 5 und 10 Liter

Dominikaner

Inhaber: Wilhelm Flöter

Donnerstag, den 10. November

Bild- und Geflügel-

Abendbrot

Ausschank von

Dominikaner-Vod

Jeden Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: Eisbeine

Anerkannig gute Küche

Brauchst Du Geld,

Sel ohne Sorgen,

Leihhaus Wachtel

Wird Dir borgen

Geld auf Pfänder aller Art

Schmiedebücke 64/65, 1. Etage — Tel. 242 19

Neu erschienen ist:

Kinderland

1933

Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in

Stadt und Land. Der Inhalt ist

wieder wie in den Vorjahren reich

illustriert. Das Kalendarium ist als

ein Würfelspiel und die farbigen

Bilder sind als Quartettspiel zu ver-

wenden. Der Preis des Kinderland

ist erstmalig auf 1.— RM. herab-

gesetzt. Zu haben in allen Gewerk-

schafts- u. Parteibuchhandlungen.

Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR

SOZIALISMUS UND POLITIK

Volkswacht-Buchhandlung

Breslau, Flurstraße 4.

Alfred Kusche

Messergasse 11

Billigste Bezugsquelle für

alle Lebensmittel

und Kolonialwaren

Täglich frisches Gemüse

Elektrische Halle

Mod. Speise- u. Getr. 140

Spezialpreis 2.75

S. Brandt & Co.

Carlstraße 65, 1.

(neben Capitol)

Druckerei Rollsmann

fertig: moderne Druckerei

Breslau 2, Flurstraße 10

Wohnungen

Suche kl. Leierzimmer

per 1. 12., Nähe Hauptbahnhof

Offerten unter R. 137 an die

Volkswacht, Flurstr. 4 erbeten.

Berufste

Seltene Gelegenheit!

Schlaf, Schrank, Kuch. pol.

1,80 Mtr. br., abgeputzt, 100-

Siechstr. 62, part., linte.

Arbeitsmarkt

Anständige Frau zum

Wäsche waschen

verlangt. Nähe Mollkestraße

Chrzanowski, Mollkestr. 13, II

RM 2.85

- Amers-Küller: Cornvells
- Feuchtwanger: Herzogin
- Ganghofer: Mann im Salz
- Hermann: Theo-Tess-Trail
- Zweig: Novellen um Claudia
- Marholz: Deutsche Literatur
- Kraur: Gesundheitslexikon
- Weltall
- Klabund: Kreidekreis
- Literaturgeschichte
- Zweig: Knaben und Männer
- Mädchen und Frauen
- Hauptmann: Insel d. gr. Mutter
- Oltwald: Denn sie wissen
- Werkel: Verdi
- Brück: Schicksale
- Mann: Jagd und Liebe
- Treichow: Den-Schi-Chua
- Gilber: Jahrgang 1902
- Fink: Mich hungert
- Wassermann: Gänsesännchen
- Klabund: Bracte

Volkswacht-
Buchhandlung
 Breslau, Flurstraße 4

Jeder kann wieder Bücher kaufen!

RM 3.60

- Fabricius: Mario Ferrero
- Max Brod: Zauberreich der Liebe
- Reubeni
- Frau nach der man sich sehnt
- Galsworthy: Herrenhaus
- Patrizier
- Frisch: Düren
- Lothar: Heilseher
- Webb: Prudente Sorn
- Wells: Weltgeschichte

RM 3.75

- Emil Ludwig: Goethe
- Napoleon
- Filöp-Miller: Rasputin und die Frauen

Alle diese Bücher können Sie auch auf die **Buchkarte** haben. Bei einer entsprechenden Anzahlung tilgen Sie den Rest in wöchentl. Raten von 50 Pfennigen

Der Tag der Revolution

Zur 14. Wiederkehr des 9. November 1918

Revolution

Von der Bastille und der Kommune bis zu Schillgreede und zum Papen-Kabinett

Berlin, 9. November 1918. Ferdinand Lassalles berühmtes Wort „Verfassungsfragen sind Machtfragen“ ist heute in Deutschland so aktuell wie noch nie. Die Inhaber der „vollziehenden Gewalt“ setzen sich über Grundrechte der Verfassung und über Urteile des Staatsgerichtshofes mit einer Behendigkeit hinweg, die ihnen alle Ehre macht; denn sie haben die Armee und die Polizei des größten deutschen Landes in der Hand. Was kann uns da weiter geistehen, sagt sich das Papen-Kabinett.

„Verfassungsfragen sind Machtfragen“, dieser Grundsatz hat seit einhalb Jahrhunderten die Geschichte der revolutionären Erhebungen in Europa geformt.

Der geistige Nährvater aller europäischen Revolutionen ist die große Erhebung Frankreichs gegen die absolute Monarchie im Juli 1789 gewesen. Als man die Bastille erobert und im Ballsaal zu Versailles die Volksherrschaft verkündet hatte, begünstigte sich die Revolutionäre nicht damit, durch eine papierne Verfassung die „Grundrechte“ eines freien Volkes zu formulieren, sondern sie organisierten die „Garde nationale“, die Bürgermiliz. Zuerst bewaffnete man sich mit Spießen und Säbeln und formierte am Champ-de-Mars eine bewaffnete Volksdemonstration. Dann organisierte man in jedem Stadtbezirk von Paris eine Art revolutionäre Sicherheitskompanie. Schließlich schickte man diese Kompanien zu Regimentern und Divisionen zusammen, stellte sie aus den kaislichen Arsenalen mit Gewehren und Kanonen aus und übertrug die Führung einer aus der revolutionären Major emporgestiegenen Generalität. Die Revolution hatte gesiegt durch den Willen zur militärischen Macht.

In der deutschen Revolutionsgeschichte vom Jahr 1848 hat man sich auch heftige Mühe mit der Formierung von „Bürgerwehren“ gegeben. In Preußen sabotierte das Militär jede Art von Volksbewaffnung und Volksausbildung. In Mittel- und Süddeutschland aber nahm die revolutionäre Bürgerwehr so gemüthlich groteske Formen an, daß sie bald zum Spottobjekt des öffentlichen Witzes wurde. Die geistige Erhebung des Jahres 1848 verstand sich zwar herrlich in den Reden des Frankfurter Parlaments Ausdruck zu verleihen. Die Straße und die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ aber beherrschte nach wie vor das preussische Militär und überall, wo die Revolutionäre sich der öffentlichen Gewalt bemächtigten, schlug sie ein preussisches Exekutionkommando brutal in den Sand.

Auch die französische Kommune von 1871 war sich der Quellen ihrer Kraft nicht sicher. Sie organisierte unter den Kanonen der deutschen Besatzungstruppen eine leidlich bewaffnete „Kommunalgarde“ von Paris, die zwar die öffentliche Gewalt in den Straßen und auf den Plätzen an sich riß und einige Tage behauptet konnte. Letzten Endes aber war das Unvermögen der Revolutionäre, die Truppen der Kommune aus dem Saal von Paris heraus auf flache Land zu bringen und die Armee Mac Mahons militärisch in Schach zu halten, der Grund, warum der revolutionäre Traum von 1871 in Blut und Feuer erlosch.

Die November-Revolution von 1918 war letzten Endes ebenfalls eine militärische Angelegenheit. Als der Banntrakt des Militärs auf den Schlachtfeldern zu offensichtlich wurde, kamme der Wille zum Widerstand auf, zuerst an den Feuerstellen der Panzertruppe, dann auf den Panzerbedeckten Kreuzer und der Kanonenboote, schließlich in den Straßen und auf den Plätzen von Kiel. Wie ein Lauffeuer breitete sich dann die revolutionäre Bewegung von einer Kaserne zur anderen, von Kiel über Hamburg, Bremen, Hannover, Köln, Frankfurt, München, Leipzig und Dresden aus und umringte mit der Mauer revoltierender Soldaten das preussische Kriegsministerium und den letzten amtierenden Militär, den Kommandierenden General in den Marken, General von Linington in Berlin.

Mit der Abkehr der Truppe vom Kaiserreich, mit der Schwänkung der Millionen von Gewehren und der hunderrundtend von Kanonen des ungehorsamen Heeres fiel der alte Staat.

Nicht als ob das alte Regime noch einen verzweifelten Versuch zur Gegenwehr gemacht hätte! Die Oberste Heeresleitung suchte ein eigenes Kommando zur Niederwerfung der Revolution im Rheinland zusammenzustellen. Aber schon die Stadt Köln legte sich wie ein revolutionärer Riegel davor. Auch der Oberkommandierende in den Marken verlor sich noch am Morgen des 9. November einen militärischen Widerstand einzuleiten. Man hatte aus den Schiffen und Truppenübungsplätzen der Mark etwa zehn Bataillone in Berlin zusammengezogen, um der revolutionären Bewegung Herr zu werden. Alles umsonst. Der Ring der Waffen zog sich von den ersten Morgenstunden des 9. November bis gegen Mittag undurchdringlich um das letzte Militärkommando seiner Majestät.

Am 10. Uhr vormittags streifen die im Norden und Osten der Stadt Berlin gelegenen großen Betriebe, Arbeiter von der Rüstung, Schmelzwerk und der Knorr-Bremse, der UEG und der Gaswerke strömen durch die Brunnenstraße und die Volkstraße nach dem Stadthorn. Durch den Humboldt-Sain und den Friedrichshain schieben sich die Züge nach dem Zentrum heran.

„Brüder, nicht schießen!“

rufen die Spikführer, die bald die ersten Kasernen in der Chausseestraße erreicht haben. Dort liegt die Kaserne der sogenannten „Maifässer“. Von den Wachtürmen drohen Maschinen-gewehre. Aber sie taden nicht mehr. Die Massen stoßen die Türen ein. Ein einziger Offizier sucht sich zu wehren, freudlos und schlungslos. Fünf Tote liegen auf dem Pflaster. Aber die Masse geht über sie hinweg. Die folgende Revolution läßt selbst diesen Hauptmann großmütig in der Ecke stehen. Sie will nicht sein Blut.

Unterdessen ist es Otto Weils gelungen, das Raum-bürger Jägerbataillon auf die Seite der Revolution zu bringen und in den Kasernen am Kupfergraben die Truppe vom Waffengebrauch zurückzuführen.

Um elf Uhr erscheint der Oberleutnant von Ehdorf im Kriegsministerium und meldet, das Jägerbataillon Nr. 4 und andere Formationen in der Kaserne am Kupfergraben, das Jägerbataillon und die Panzerautos im Schloß Berggarten sich gegen die Massen vorgezogen. Die sogenannte Nordreierne meutert die Jüterborger Artillerie verhandelt ganz offen mit den Sozialdemokraten. Der Oberkommandierende wird warfend in dem Willen zum Widerstand. Um 12 Uhr sprechen Ebert, Scheidemann und Braun beim Reichskanzler vor und fordern eine Vertretung der Sozialdemokratie im Reichskanzleramt und im Oberkommando der Truppen von Berlin. Dem Kriegsminister General Scheuch übergibt der Oberleutnant von der Bergh einen Fettel mit der Anfrage des Generals Linington, ob es noch nötig sei,

von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Eine Antwort wird nicht erteilt. Ein neuer militärischer Kurier des Generals v. Linington meldet dem Reichskanzler, die Soldaten würden voraussichtlich auch nicht mehr zum Schutz der Regierungsgebäude schießen. Es ist ein Uhr mittags. Die Kaserne in der Chausseestraße ist erstürmt. Um 12 Uhr wölft sich die Masse durch das Innere von Berlin, ohne irgendwie Widerstand zu finden. Um 13 Uhr übergibt der Polizeipräsident sein Amt. Um 3 Uhr wird das Reichsmarineamt und das Kriegsministerium befehligt. Um 4 Uhr ist die gesamte Reichshauptstadt in den Händen der Revolution.

Es hat also mit Ausnahme des Zwischenfalls an der Kaserne der Gardebataillone in der Chausseestraße kein Offizier und kein Mann bewaffneten Widerstand versucht. Die Generale im roten Haus der Kommandantur am Schloß wußten ganz genau, daß gegen die 5000 Soldaten in der Innenstadt von Berlin 60 Millionen Menschen ringsum im ganzen Reich zur Revolution standen und senkten ihre Waffen bzw. verließen wortlos in Zivil die Kommandantur und das Ministerium.

Die Masse hatte gesiegt, weil die Macht bei ihr war.

Heute ist das Kabinett der Barone formell im Besitz der gesamten öffentlichen Gewalt, des Militärs und der Polizei. Aber die Luft zwischen der „hauchdünnen Oberhäutchen“ des Herrn von Papen und des Herrn Scheidemann und dem Volk ist größer als je. Das Getöse und Gerede des Herrn von Papen erinnert peinlich an den Oberkommandierenden in den Marken“ und an den Jorgon, der wenige Stunden vor der Revolution in den Kaminen und in den Kasernen üblich war. Am 9. November 1918, zwei Uhr nachmittags, aber war der Spuk bereits vorbei. Denn die Masse stand dagegen auf und hatte die Macht dazu. Eine ernste Mahnung an das Papen-Kabinett!



November-Ballade

Von Bruno Schönlank

Sturmögel kriech um das Schloß,
Um Zuchthaus und altes Gemäuer.
Monarchen fliehen mit ihrem Troß,
Das Volk ward heiliges Feuer.
Küstling aus dunklen blutigen Meer
Der jungen Freiheit leuchtendes Meer.
Es sang den Sang vom Novemberkurm,
Die Freiheit drohten vor Turm zu Turm.
Das Heer der Ratten und Raben,
Vergessen schiens und begraben.

Sie krochen wieder aus ihrem Loch,
Die Ratten, mit Pfeifen und Pfeffern.
Sie stellten sich tot, sie lebten noch,
Spurtraben, die wir vergessen.
Steht auf aus dunkler lähmender Not,
Die Ratten freisen euch wieder das Brot.
Die Raben und Eulen, ihr kennt sie genau,
Umkränzen höhrend der Freiheit Bau.
Steht fest und einig zusammen
Und werdet heilige Flammen!



Geschichten von der Revolution

„Gruppe Winterfeldt“

Der ehemalige Reichskanzler Brüning hat vor einigen Monaten im Reichstag eine Episode aus der November-Revolution 1918 ins Gedächtnis zurückgerufen, nämlich den letzten Versuch der Obersten Heeresleitung, die Revolution von der Front aus niederzuschlagen. Am 7. November 1918 wurde von der Heeresleitung die Aufstellung von drei Oberkommandos West, Ost und Süd angeordnet, die dem preussischen Kriegsminister unterstellt werden sollten. Als die ersten Truppen des Oberkommandos West die Rheinbrücken passieren sollten, kamme jedoch der Aufbruch bereits in Köln auf. Die Mannschaften der 2. Gardebataillon mußten schleunigst bei Maaßen aus den Zügen herausgeholt werden, um den Rücken des kämpfenden Heeres gegen die gefährlichste revolutionäre Lawine aus der Heimat zu schützen. Der Chef des Stabes, des Generalgouvernements Belgien, General von Winterfeldt, erhielt den Auftrag, eine Sperrlinie von Maschinengewehrposten an den in die Heimat führenden Straßen aufzubauen. Einer der M.G.-Führer war der Oberleutnant der Reserve Brüning, der sich mit besonderem Ernst seiner Aufgabe bewußt gewesen zu sein scheint. Seine Maschinen-gewehre brauchten allerdings gar nicht in Tätigkeit zu treten; denn die Flut der Revolution ging auch über sie hinweg.

Es war eine peinliche Episode, die der damalige Kanzler, dessen Weisheit bis in die Sozialdemokratie reicht, dieses hoffnungslose Experiment erwähnte, und ein betretenes Schweigen ging durch das Haus.

Kaiser Karl streift

Kaiser Karl von Oesterreich ist nie der besondere Liebling der deutschen Obersten Heeresleitung gewesen. Er hatte zuziel Fühler nach der Entente ausgestreckt und man traute ihm überhaupt nicht recht. Am 27. Oktober 1918 schrieb Kaiser Karl an Wilhelm II. folgenden Brief:

„Teurer Freund, es ist meine Pflicht, Dir, so schwer es mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß mein Volk weder imstand noch willens ist, den Krieg weiter fortzuführen — deshalb kündige ich Dir an, daß ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe, innerhalb 24 Stunden um einen Separatfrieden und um sofortigen Waffenstillstand anzufuchen — — —

In treuer Freundschaft
Karl.

Numi will zu Papa

In den ersten Tagen des November 1918 war sich die Hochfinanz und die Großindustrie, bis hoch in Offizierskreise hinein, vollkommen darüber klar, daß der Kaiser sofort zurücktreten müsse. Prinz Max von Baden berichtet in seinen Memoiren, daß schon zwei Tage vor dem Eintreffen der entscheidenden Rote Willens zwei Söhne des Kaisers bei ihm vorstellig geworden seien; Prinz Adalbert und August Wilhelm. Sie hätten ihn direkt gefragt, ob sie zu Papa gehen und ihm die Notwendigkeit seiner Abdankung vorzulegen sollten.

Dieser Schritt des berühmten Nazi-Kedners Numi entbehrt nicht der Bikanterie. Er ist sozusagen der erste Kaiserkürzer gewesen und hat damals indirekt bereits für seinen großen Onkel, Adolf Hitler vorgearbeitet. Er dachte sich nicht daran, auf den Stufen des Thrones sein Leben für seinen Vater herzugeben.

Der Löwe Vikmann

Ein anderer prominenter Nazi hat wie Numi, aktiv bei der Revolution mitgewirkt, nämlich der General Vikmann, der demnach als Alterspräsident den Reichstag eröffnen soll. Die Nazis nennen ihn gerne den Löwen von Breslau, weil er damals irgend ein Armeekorps der Ostfront besonders schneidig geführt haben soll. Dieser „Löwe“, der jetzt in Neu-Gloshow wohnt; hat in den Revolutionstagen den Aufruf erhalten, unter dem Oberkommandierenden in den Marken“ die Revolution zu bekämpfen und niederzujagen. Leider ging das nicht so einfach, denn die Herrn Vikmann unterstellten Truppen wollten nicht. Er schreibt:

„Und ich, der ich von meinem Kaiser damit bestraft war, die Heimat gegen den Aufruhr zu schützen, war machtlos. Ich verlebte qualvolle Stunden. Wenn ich nur zwei Bataillone zur Hand gehabt hätte, ich würde genau gewußt haben, was zu tun war und kein Fritz Ebert und kein Scheidemann würden mich gehindert haben, den Befehl des Kaisers auszuführen.“

In derselben Nummer des „Angriff“ aber berichtet ein anderer Nazi-Offizier, Major Buch, daß ein ganzer Haufen von Bataillonen zur Verfügung stand, darunter ein Bataillon des M.G.-Lehrbataillions im Lager Döberitz. Lauter Offiziere und Offiziersaspiranten! Aber keiner wollte mehr!

Armer Löwe von Neu-Gloshow! Nun hat dich der Kaiser auf einen wichtigen Posten gestellt und nichts war es damit! Sein Schmerz war sicher ebenso groß wie der des Hg. Fried, den „sein König“ hinter den Ofen des Bezirksamts von Pirmasens gestellt hat! Auch er blieb ohne jeglichen kriegerischen Ruhm!

Erzellenz erwartet keine Verhaftung

Graf Harry Kehler hat kürzlich in der „Frankfurter Zeitung“ einen Brief publiziert, in dem er die „Bekehrung“ Wilhufst aus der Zeitung Magdeburg schildert — — — mitten aus den Wirren der Revolution:

„Ich erkläre mich bereit zu einer Unterredung mit dem Kommandierenden General. Nach während ich dies sagte, klingelte der Adjutant des Generalkommandos schon an: „Erzellenz wünscht Sie zu sprechen — — und bald, möglichst bald! Ich fuhr hinaus und traf einen alten kriegsverbrauchten Mann, der offenbar stündlich seine eigene Verhaftung erwartete. Der Kommandierende General in Hannover war nämlich bereits gefangen gesetzt worden. Er empfing mich gebüdet, setzte sich schwer in seinen Stuhl und fragte, was man in Berlin mache. Ich riet ihm die Ordnung, wenn möglich durch die Gewerkschaften und durch die sozialdemokratische Organisation aufrecht zu erhalten. Er stimmte allem zu.“

Großherzog von Mecklenburg

Im Land des Dönskopfs ist die Revolution verhältnismäßig friedlich vor sich gegangen. Am Vormittag des 7. November wurde zwischen 8 und 9 Uhr die gesamte Garnison vor dem Schweriner Schloß ausgehört, befehligt vom Soldatenrat. Die Offiziere hatten Stubenarrest, sie waren unsichtbar, aber alle lebten sie; keinem von ihnen war auch nur ein Haar gekrümmt worden. Friedrich Franz ging schließlich auf den Balkon und sprach zu seinem Volk. Er erklärte den Soldaten, alle ihre Wünsche würden erfüllt werden. Er schloß mit einem Hoch auf das Vaterland. Begeistert stimmte alles ein. Dann gingen die revolutionären Massen und der Großherzog nach Hause.

Die Kaiserstochter bietet Zigaretten an

Am 8. November kam es in Braunschweig zur Revolution. Am Abend erschien im herzoglichen Schloß eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats und forderten den Thronverzicht. Der Großherzog erbat sich eine Bedenkzeit von 30 Minuten. Den Abgeordneten wurden Zigaretten gereicht. In den Verhandlungen mit den Ministern und Soldatenräten nahm die Kaiserstochter Viktoria Luise teil, auf deren Rat der unentschlossene Herzog den größten Wert legte. Schließlich unterschrieb er die Verzichtsurkunde ohne jede Einschränkung auf ihren Rat.

Neunzehnter Männerkursus in Tinz

Die Heimvolkshochschule Schloß Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem neunzehnten Männerkursus ein. Die Lehrgänge, die in diesem Kursus im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Soziologie, Psychologie und Kulturlehre, Staatstheorie und Staatsrecht, Gewerkschaftswesen, Arbeitsrecht, Erziehungsfragen, Gymnastik. Aufnahme finden Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volkshochschulbildung genossen haben. Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung und den Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Lausatz abzuliefern, über den von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettswäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringer 150 Mark, für die übrigen Reichsdeutschen 180 Mark, für Ausländer 200 Mark. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst an der Erhaltung der Schule mitzuwirken. Für Arbeitslose ist Sonderregelung möglich. Auskunft und Prospekt durch die Schulleitung.

Der Kursus beginnt am 1. August 1933 und dauert bis 30. Dezember 1933. Die Bewerbungen sind spätestens bis Ende Dezember 1932 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt Mitte Juni 1933.

Die Leitung der Heimvolkshochschule Tinz in Vera.
Winkler.

Wanoptikum der Zeit

Fachistisches Wettrennen.

Wer schafft den Vaterschaftsrekord? Italien und Polen haben den höchsten europäischen Geburtenüberschuß. Natürlich stehen beide Regierungen schiefhalsig da. Natürlich sind die Jungen. Zur Zeit liegen Villuhii mit 320 Vaternungen weit vorn; Mussolini hat es erst auf 260 gebracht. Armer Duce!

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen . . .

... soll jetzt ein „Reichsverband der No-No-Spieler“, gegründet werden. Die interessante Anregung ging von den zahlreichen No-No-Klubs aus, die bereits in ganz Deutschland bestehen. Papen hat schon recht: es geht wieder aufwärts!

Widrigensfalls —!

Die Ortsfeuerwehr einer norddeutschen Kleinstadt brachte eine Motorspritze. Sie verlangte daher folgendes Rundschreiben: „Euer Hochwohlgeborenen! Zur technischen Ausgestaltung unserer Feuerwehr eruchen wir um gütige Zuwendung einer Geldspende, widrigensfalls wir gezwungen wären, ein Konzert zu veranstalten . . .“

Eine neue Börse.

Ein entomologischer Verein in Frankfurt ist auf eine originelle Idee gekommen: er veranstaltet am 11. November eine Insekten-Tauschbörse. Einige hunderttausend Insekten sollen hier in den Handel gebracht werden. Interessierten vor! Wer will eine Tefsefliege gegen eine Kreuzspinne einhandeln?

Unter, Ober, König, M.

Ein immer noch blühendes Geschäft: die Spielkartenindustrie. Sie hat kaum etwas von der Krise gespürt. Vor dem Kriege wurden jährlich 9,5 Millionen Spiele verkauft, 1930/31 wurde eine Rekordhöhe von 10,4 Millionen Spielen erreicht, und selbst 1931 wurden immer noch 10 Millionen Spiele abgesetzt. Die Welt kracht in allen Zugen — aber der „Grand mit Vieren“ besteht . . .

Arme Millionäre.

Wer mindestens 50 000 Dollar jährlich verdient, zählt in Amerika als Millionär. 1928 gab es davon 43 000, 1929 nur noch 35 000, 1930 kaum mehr als 29 000 und 1931 lediglich 10 000. Für das laufende Jahr rechnet man mit einem weiteren Rückgang auf 6—7000. Es sind also innerhalb von vier Jahren etwa 37 000 Dollarmillionäre verarmt.

Wagheit!

In Konrad im Schwarzwald wird unter anderem eine Geiß verweigert. Sie wartet in gebührendem Abstand vom Tisch des Lustionators auf ihr Schicksal. Da erblickt sie auf einem Asten ein Bündel extra Grünes — ihre Lieblingsfarbe. Ohne lang nachzudenken, ob es sich auch wirklich um ein pflanzliches Produkt handelt, läßt sie den grünen Gegenstand in ihrem Geißmagen verschwinden.

Als das Tier verweigert werden sollte, kam es zur Katastrophe. Es stellte sich nämlich heraus, daß die ganze Aktion nicht mehr fortgeführt werden konnte, denn die Geiß hatte — das Gerichtsurteil aufgefressen!

Wirbs helfen?

Bei dem traditionellen Weinlesefest in Neustadt a. d. Hardt wurde unter 1000 Vorschlägen für Weinnamen derjenige gewählt, der den Jahrgang 1932 „Anfurbler“ nennt. Leider wird er nur diejenigen anrufen können, die sich heute noch den Luxus eines guten Tropfens leisten können. Und gerade die anderen hätten es am nötigsten!

Eine Jubilantin.

In Littenweiler feierte dieser Tage ein Fräulein Dr. Mathilde ihren 94. Geburtstag. Sie war Europas erste immatrikulierte Studentin und approbierte Ärztin. Vor einem dreieinhalb Jahrhundert war sie die Sensation unserer Großmütter: die Frauen Emanzipation hat sie als mutiger Pionier eingeleitet.

Schieberpatrioten

Die Effektenziehung bei der Berliner Uhlig-Bank befindet sich im Stadium der gerichtlichen Voruntersuchung. Wie sich durch das hereditäre Mißtrauen des Bankiers Georg Uhlig herausgestellt hat, handelt es sich bei den Effekten, die Uhlig veräußern sollte, um Papiere, die als Auslandsabgänge abgemeldet worden waren — eine Entdeckung, die vermutlich noch strafrechtliche Folgen haben dürfte.

Geheimrat Tiliß aus dem Preussischen Wohlfahrtsministerium — der Mann über dessen Konto die verbotenen Geschäfte liefen — ist ein alter deutschnationaler, während die anderen Beteiligten, die das Bankkonto des Herrn Geheimrats zu ihren schiefen Desingzwecken mißbrauchten, sämtlich Mitglieder der NSDAP sind. Tiliß ist durchaus das, was man allgemein als einen Mann der „alten Schule“ bezeichnet: seine Karriere begann er im Dienste der Kaiserin, später kam er in den eigentlichen Staatsdienst, wobei er stets durch seine ausgeprägten kaufmännische Einnellung auffiel. Der deutschnationale Schieber gibt an, daß er die Abfahrt gehabt hätte, die aus dem Effektenverkauf erlösten Gelder „für nationale Zwecke im Sinne der Regierung Japen“ zu verwenden. Ein Teil des auf widerrechtliche Weise erworbenen Vermögens aus dem geplanten Effektenverkauf in Höhe von 3½ Millionen Mark (zustande kam bis zum Aufstiegen der Affäre erst ein Verkauf von 700 000 Mark) sollte angeblich dem „Deutschen Arbeitslosenverband“ zugeführt werden. Nur hat der Verband nie etwas bekommen.

Mit beteiligt an der Schiebung ist der gleichfalls verhaftete, aus der Vorkriegszeit bekannte Dr. Borghardt, Syndikus und Vertrauter des jungen Thyssen bis zu dem Tage, an dem der junge Mann seinen Arbeitgeber öffentlich ohrfeigte; Borghardt ist verantwortlich für den Zusammenbruch der Luisenstädtischen Genossenschaftsbank, die gelegentlich der Hoelske-Affäre in den Mittelpunkt der Diskussion stand. Er ist seit kurzer Zeit, trotz seiner jüdischen Abstammung, aktives Mitglied des Wirtschaftsrates der NSDAP.

Opfer des Verkehrsrechts

Vor dem Sondergericht Berlin-Köpenick — Vorsitzender Landgerichtsdirktor Toll — werden in diesen Tagen eine Reihe von Prozessen geführt, die die während des VBS-Streiks verübten Umstöße zum Gegenstand haben. Die Verhandlung, die am Dienstag nachmittags begann, wurde nach vier Stunden am Freitag verlagert: es soll ein Sachverständiger gehört werden. Die beiden Angeklagten, Arbeiter Weidmüller und Schloßer Gräner, werden beschuldigt, am 3. November in der

Greifswalder Straße in und auf die Schienen der Straßenbahn Steine gelegt zu haben. Das Verbrechen der Transportgefährdung, das damit nach der Anlage vorliegt, wird nicht von den Bestimmungen der Fernverkehrsordnung betroffen, aber auch nach den üblichen Strafbestimmungen mit Zuchthaus bestraft. Der Angeklagte Weidmüller behauptete, daß er sich bei dieser Tat nicht bewußt gewesen sei, daß durch sie Menschenleben gefährdet werden können. Er will nur die Absicht gehabt haben: „Der Führer der Straßenbahn sollte anhalten.“ Der Vorsitzende fragte nach dem Motiv der Tat — der Angeklagte antwortete: „Das ist wegen der ganzen Lebenslage der Menschen und der großen Arbeitslosigkeit. Die Lebensverhältnisse sind ja so, daß man gar nicht arbeiten kann.“ — Vorsitzender: „Sie wollten also, daß niemand den Streikenden in den Rücken fällt.“ — Der andere Angeklagte bestritt, sich überhaupt schuldig gemacht zu haben; gegen seine Darstellung sprechen Zeugenaussagen. Als Unklarheit darüber entstand, ob der gefährdete Straßenbahnwagen gegebenenfalls hätte entgleisen müssen, gab der Vorsitzende dem Antrag des Verteidigers auf Ladung eines Sachverständigen statt.

Uniform schafft Erfolge



Einer der berühmtesten Hochstapler Europas, Ignaz Strachanoff, konnte jetzt in Budapest verhaftet werden. Er hat in allen europäischen Großstädten raffinierte Betrügereien verübt und trat oft in der Uniform eines Huzarenkavaliers unter dem Namen eines Grafen Eberhazy auf. Er wurde auf der Bühne des Heller-Theaters verhaftet, wo er seine Lebensschicksale schildern wollte.

Kinderprostitution!

Von der 12. Großen Strafkammer des Landgerichts I in Berlin wurden wegen Sittlichkeitsverbrechen der 63 Jahre alte Artist Haffke zu vier Jahren Zuchthaus, der 54 Jahre alte Techniker Dunkel zu zwei Jahren Zuchthaus, der 48 Jahre alte Arbeiter Ristmacher zu drei Jahren Zuchthaus und der 48jährige Schneider Rothe zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Es gibt in Berlin eine Kinderprostitution! — das ist nach dem Plädoyer des Staatsanwalts ebenso wie nach dem Verlauf der Beweisaufnahme das Ergebnis dieser erschütternden Verhandlung, in der eins der traurigsten Kapitel der großstädtischen Sitten- und Sozialgeschichte zur Sprache kam. Die sechs Angeklagten, die sämtlich vorbestraft sind (Haffke nicht weniger als 20mal!) machten sich im Humboldtthain an Mädchen im Alter von zehn bis dreizehn Jahren heran und verleiteten sie durch Geldgeschenke dazu, ihnen zu Willen zu sein. Als Zutreiberin diente ihnen eine Frau Herta Hecht, die flüchtig ist.

Die Angeklagten suchten sich zu „verteidigen“, indem sie behaupteten, daß die Kinder sie angebetelt und „verleitet“ hätten; daß sie falsche Altersangaben gemacht hätten; daß häusliche Armut sie schon vorher zur Anknüpfung von Männerbekanntschaften gebracht habe. Die Zeugenvernehmung ergab ein wesentlich anderes Bild.

Überfall auf zwei Kassenboten

Auf der Chaussee zwischen den Ortsteilen Hohenneuborf und Bergfelde im Norden Berlins wurden gestern vormittags gegen 9 Uhr zwei Kassenboten, die 1750 Mark Unterstützungsgelder von der Sparkasse in Hohenneuborf abgeholt hatten, von zwei Männern überfallen und von ihren Rädern geschlagen. Die Räuber rissen die beiden Aktentaschen, in denen sich das Geld befand, an sich, schwenkten sich auf die Räder der Überfallenen und fuhren davon. Obwohl kurze Zeit darauf die Verfolgung mit einem Privatauto aufgenommen wurde, gelang es den Wegelagerern zu entkommen.

Sparkassenleiter unterschlägt 200 000 Mark

Der Kaufmann Ernst Bernicke in Barnim (Mark) hat als Leiter der Spar- und Darlehnskasse des Kreises Ost-Havelland 200 000 Mark veruntreut. Bernicke hat ein Geständnis bei der Staatsanwaltschaft Potsdam abgelegt, und die Unterschlagung eingestanden.

Raubüberfall auf ein Lebensmittelgeschäft

Eine Person getötet

Zwei Räuber drangen gestern abend in ein Lebensmittelgeschäft im Giesendörfer Stadtteil Erle ein, hielten Verkäuferinnen und Kunden mit einem Revolver in Schach und raubten den Inhalt der Tageskasse, deren Höhe noch nicht feststeht. Auf der Flucht kam den Tätern auf der Haustreppe der Hausbesitzer entgegen, den sie durch Schüsse so schwer verletzten, daß er während der Einfrierung in das Krankenhaus starb. Die Täter konnten entkommen.

Reichswehrsoldat infolge eines Fretums erschossen

In der Kaserne des 7. (Bayerischen) Pionierbataillons eignete sich in der letzten Nacht ein schwerer Unfall. Ein Gefreiter dieses Bataillons wurde vom Kaserneposten für einen Einbrecher gehalten und nach mehrmaligem Anruf, auf den keine Antwort erfolgte, durch einen Schuß schwer verletzt. Der Gefreite starb in der gleichen Nacht.

Die letzte Fahrt

Die von ihrem Ehemann erschossene Berliner Sängerin Gertrud Bindernagel wird am Donnerstag nachmittag beigelegt werden. Mittwoch nacht veranstaltete die Charlottenburger Oper, der die Künstlerin als hervorragendes Mitglied angehörte, eine interne Gedächtnisfeier; eine weiterhin geplante öffentliche Gedächtnisfeier soll der hinterbliebenen Tochter und Mutter Geldmittel verschaffen.

Militärflugzeug mit Generalen und Offizieren abgestürzt

In Gran Chaco ist nach einer Mitteilung der paraguayischen obersten Heeresleitung ein dreimotoriges bolivianisches Militärflugzeug abgestürzt. 13 Offiziere, darunter drei Generale, wurden dabei getötet.

Tod auf dem Dach des Eisenbahnwagens

Richard F. Rindersley, ein Sohn des bekannten englischen Finanzmannes Sir Robert Rindersley, wurde gestern von Bahnbearbeitern auf dem Dach eines Eisenbahnwagens in der Station Farnham (Surren) mit zertrümmertem Kopf aufgefunden. Blutspuren auf dem Trittbrett und der Türschwelle führten zur Entdeckung. Man glaubt nicht, daß ein Verbrechen vorliegt. Der Verunglückte war nach einem Autounfall mit dem Zuge nach Hause gefahren. Es wird angenommen, daß er in einem Zustand der Verwirrung infolge einer erlittenen Gehirnerschütterung auf das Dach geklettert ist. Der Verunglückte war 27 Jahre alt.

Zwischenfall bei der Reise Hoovers

Der Sonderzug, der Präsident Hoover nach Palo Alto brachte, mußte infolge eines geheimnisvollen Zwischenfalles bei Winnemucca (Nevada) anhalten, da ein Brückenwächter die Signale auf Halt bestellt hatte. Als man ihn fragt, aus welchem Grunde er dies getan habe, entblühte er seinen Oberkörper, der mehrere Messerstiche aufwies. Als man die Umgebung absuchte, fand man ein Dynamitpaket dicht bei der Brücke und ein zweites Paket in einem Busch. Nach 20 Minuten Aufenthalt fuhr der Zug weiter. Da die Brücke selbst keinerlei Beschädigungen aufwies, taucht man noch völlig im Dunkeln.

König Dickerle und sein Gönndchen

Von G. Th. Rotman



117.

Aber Dickerle lief schnell zu ihrem Vater, um ihm die große Neuigkeit zu erzählen . . . Sie versprach, den Doktor und Bierewittchen jeden Tag zu besuchen und sie hielt auch Wort. Und Bierewittchen wartete mit Ungeduld auf den Frühling. Denn dann sollte sein Vater mit den Störchen wiederkommen. Ach, ach, wie langsam verging die Zeit!



118.

Endlich wurde es doch Frühling. Die frischen grünen Blättchen wehten leicht im Frühlingswind hin und her und Tag für Tag lag Bierewittchen im Fenster seines Zimmers und schaute nach den Störchen aus. Und eines Tages, ganz unerwartet, kam König Dickerle herein. „Ich bin mit einem anderen Storch gekommen“, sagte er. „Der, der uns mitnahm, ist tot!“ (Schluß folgt.)

Breslauer Nachrichten

November-Revolution

und die letzte Tragödie des Bürgertums

Trüber Novembertag war es damals, als alte Gewalten über Nacht zusammenstürzten, als ein kriegsmüdes Volk, verlassen von seinen bisherigen Führern, sich anschickte, nun selber die Lenkung dieses Staates in die Hand zu nehmen.

Heute, und in diesem Jahre besonders, wissen wir, was wir durch diesen November-Umsturz hier in Deutschland gewonnen haben, heute wo alle diese Errungenschaften in Gefahr sind.

Die bürgerliche Revolution ist nicht unsere Revolution, die heutige bürgerliche Demokratie, die heute so kampflös vom Bürgertum feudalen reaktionären Gewalten ausgeliefert wird.

Was wir heute erleben, ist nicht allein eine Schwäche des Proletariats als vielmehr die große und letzte Tragödie des deutschen Bürgertums.

Was wir aber in diesem Jahre alles erleben, ist einzig dastehend in der Geschichte des deutschen Bürgertums.

Durch die eiserne Widerstandskraft der Arbeiterschaft, in deren Reihen ein solches Gift nicht drang, ist eine mussolinische Diktatur für Deutschland abgewehrt worden.

Wahlen und städtisches Wahlamt

Dem soeben erschienenen „Breslauer Gemeindefest“ entnehmen wir folgenden instruktiven Aufsatz, der einmal einen guten Einblick in die umfassende Tätigkeit des Wahlamtes bei Wahlzeiten gibt.

In diesem Jahre hat nunmehr, gerade bei Erscheinen dieser Ausgabe des Gemeindefestes, die fünfte Wahl stattgefunden.

Der Wähler wählt bekanntlich auf Grund der Eintragung in die Wählerliste. Diese Inventuraufnahme aller wahlberechtigten Bürger macht in kleinen Gemeinden verhältnismäßig wenig Sorge.

Dass die Schaffung dieser Organisation auch für Breslau eine unabwendbare Notwendigkeit darstellt, ergibt sich aus der Tatsache, daß wir beispielsweise im Jahre 1930 in dem großen Bevölkerungs-Umschlagplan Breslau rund 102.000 jugendige neue und fortgesetzte, ferner rund 106.000 innerhalb der Stadt umgezogene Personen zählten.

Albert Grzesinski

spricht zu den Mitgliedern der Eisernen Front Sonntag, den 13. November, 10.30 Uhr vorm. im großen Saale des Gewerkschaftshauses, zur

Revolutionsfeier November 1918 - November 1932

Konzert • Massenchor

Einlaß 9.30 Uhr Eintritt 20 Pf. • Erwerbslose 10 Pf. • Reservierte Plätze 1 RM Karlen zu haben im Büro der SPD, des Reichsbanners und im Ortsausschuß der Gewerkschaften

Kampfleitung der Eisernen Front Groß-Breslau

Gern ist der deutsche Bürger bereit, zwei seiner Revolutionen glatt zu ignorieren, wenn nur in dieser furchtbaren Krisenzeit die Arbeiterschaft banieder gehalten wird.

Es ist die jämmerlichste, aber auch die letzte Tragödie des deutschen Bürgertums. Die nächste revolutionäre Erhebung des deutschen Volkes wird nicht nur adlige Feudalgewalten, sondern auch diesen kläglichen Rest des Bürgertums weggehen.

Im Wirrwarr der Politik mag es wohl scheinen, daß manche Gelegenheit verpaßt wurde, während die Geschichte später einmal von Notwendigkeiten reden wird.

Die öffentliche Berufsberatungsstelle

für die Bewohner des Stadtkreises Breslau und der Landkreise Breslau und Neumarkt ist das Arbeitsamt Breslau, Abteilung Berufsberatung.

Sprechstunden finden statt: im Arbeitsamt Breslau, Abteilung Berufsberatung, Breslau 6, Fischerstraße 1/5, Halpausgebäude, 2. Stock, im Sommer (1. April bis 30. September): Montag bis Freitag 10 bis 14 Uhr.

Die Lotterie der Arbeiterwohlfahrt

die am 20. und 21. Dezember dieses Jahres im Berliner Gewerkschaftshaus gezogen wird, bietet bei einem Lospreis von nur 50 Pfennig 135.516 Gewinne und zwei Prämien im Gesamtwerte von einer halben Million Mark.

reichung des Wahlalters und eine große Zahl von Namensänderungen infolge Eheschließung, von Staatsangehörigkeitswechseln, von Entmündigungen, Pflegschaften wegen geistigen Gebrechens, Verlusten der bürgerlichen Ehrenrechte und anderen Wahlbehinderungen zu berücksichtigen sind.

Das ständige Wählerverzeichnis des Breslauer Wahlamtes besteht in einer Wahlkartei. Ihre fortlaufende Bearbeitung geschieht handschriftlich, also nicht auf dem technisch vollkommensten Wege, der sich beispielsweise in Form einer Adresskartei in anderen deutschen Großstädten gut bewährt hat.

Die Wahlkartei, die außer durch die laufende Bearbeitung noch durch ständige Kontrollen möglichst zuverlässig gehalten wird, dient nun als Unterlage für die rechtzeitig zum ersten Tage der amtlichen Auslegungsfrist fertig zu stellende Wählerliste.

Eine möglichst große Beteiligung an der Einkommensaufnahme wird vom Wahlamt, vor allem im Interesse der Wähler, durchaus begrüßt.

Schimpfereien widerhakt, so ist das nicht Schuld des Wahlamtes, das sich vor jeder Wahl, hauptsächlich mit dankenswerter Hilfe der Presse, um die Unterrichtung des Wählers wirklich genug bemüht.

Die Einsprüche gegen die Wählerliste — bei der letzten Wahl etwa 4000 — bringen dem Wahlamt, da sie oft schwierige und zeitraubende Recherchen verlangen, eine Hochflut von Arbeit, zusammengebrängt auf wenige Tage.

Während die geschriebenen Maßnahmen bezwecken, den rund 475.000 wahlberechtigten Breslauern das Wahlrecht zu sichern, müssen gleichzeitig die Wahlhandlungen in den 425 Wahlbezirken der Stadt örtlich organisiert werden.

Am Wahltag sind während der eigentlichen Wahlzeit die in den einzelnen Wahlbezirken auftretenden Schwierigkeiten zu beseitigen, ferner die beim Wahlamt eingehenden Beschwerden nachzuprüfen und zu entscheiden.

Wilhelm Maslus †

Am Tage der Reichstagswahl hat die Gewerkschaftsbewegung einen alten bewährten Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Tod verloren.

Am 3. Mai 1892 in Oels in Schlesien geboren, hat Maslus frühzeitig Not und Glend kennengelernt und war dann in späteren Jahren als Handelskassier in Görlitz tätig. Bald finden wir ihn als Vertreter der Görlitzer Arbeiterkassen im Bezirksausschuss des ADGB, 1899 bis 1900 war er Vorsitzender der dortigen Parteiorganisation. Von 1898 bis 1907 in der Kreiskommission, von 1900 bis 1907 Bevollmächtigter der Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Im Jahre 1908 wählten die Kollegen in Chemnitz ihn als Angehörigen, wo er bis 1918 wirkte.

Anfang 1918 kam er nach Breslau, getragen von dem Vertrauen seiner Mitglieder, wo er seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellte. Die Jahre nach dem Kriege brachten eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahlen. Die einsetzende Inflation im Jahre 1922/23 veranlaßte zum Teil wieder das aufgebaute Gebäude. Es galt wieder Aufbau der Organisation, Schaffung neuer Tarife im Lohn- und Arbeitsverhältnis. Ganz allein, wo es war, es gelang ihm immer in seiner einfachen, bescheidenen Weise, mit Aufbietung seiner ganzen Kraft die Interessen der schließlichen Handels- und Transportarbeiter wirksam zu vertreten.

Im Bezirksausschuss des ADGB, in der Parteibewegung, Feuerbestattung, war er bis in die letzte Zeit hinein ebenfalls aktiv tätig. Auch schriftstellerisch betätigte er sich. Weit über die Grenzen Schlesiens waren seine selbstverfaßten Werke bekannt. Während seiner Tätigkeit traten verschiedene Berufsgruppen der Organisation bei, die im gemeinschaftlichen Verkehrsband ihre Interessenvertretung fanden. An der Zusammenlegung zum Gesamtverband fand er nicht mehr Gelegenheit, mitzuarbeiten, weil er inzwischen im Juli 1929 in Pension gehen mußte.

Die schließlichen Kolleginnen und Kollegen des Gesamtverbandes werden seiner nicht vergessen. Seine Werke vom Dezember 1925 wollen wir an dieser Stelle in Erinnerung bringen:

Dein Lebenswerk, es steht im Buch der Zeiten,
Wo auch dein Name unvergänglich ist;
O, mög es weiter auf- und vorwärts schreiten!
Wie sind wir stolz, daß Du der unsere bist!

Im Schrebergarten erhängt

In seiner Laube am Hagelweg ist gestern nachmittag der 58jährige Rentner G. aus der Tauentzienstraße erhängt aufgefunden worden. Ein Herrenkleiden kleidete ihn veranlaßt zu haben, mit dem Leben freiwillig Schluss zu machen.

Zunahme des Breslauer Fremdenverkehrs

Infolge der Wirtschaftskrise ist allenthalben ein starker Rückgang im Fremdenverkehr eingetreten, insbesondere auch in den Großstädten. Der Rückgang schwankt gegenüber dem Vorjahre zwischen etwa 20 Prozent und 33 Prozent und mehr. Für Breslau beläuft er sich auf 19 Prozent. Im September 1932 ist nach den monatlichen Mitteilungen des Forschungsinstituts für den Fremdenverkehr in Berlin der Fremdenverkehr wiederum zurückgegangen, aber nicht mehr so erheblich wie in früheren Monaten. Eine Zunahme im Fremdenverkehr hat sich bemerkbar gemacht in der Hauptstadt bei Luftkurorten, vermehrt infolge der günstigen Witterung des Septembers. In den Großstädten hat sich der Rückgang des Fremdenverkehrs infolge gehessert, als zum Teil nur ein geringfügiger Rückgang gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen ist. In den Großstädten Süddeutschlands von 100 000 bis 200 000 Einwohnern ist eine Steigerung des Fremdenverkehrs eingetreten, dagegen nicht in den Großstädten über 200 000 Einwohner. Breslau macht dabei eine Ausnahme, infolge, als der Fremdenverkehr in Breslau im September 1932 zum ersten Male seit Einsetzen der Krise gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahre gestiegen ist, allerdings nur von 14 169 auf 14 188 polizeilich gemeldete Fremde, immerhin ein Anzeichen dafür, daß der Fremdenverkehr bei uns wieder anfängt, sich zu heben. Berlin hat im September gegenüber dem Vorjahre dagegen um 20 Prozent im Gesamtverkehr und um 40 Prozent im Ausländerverkehr verloren.

Silberhochzeit

heute der Schirmmacher Alfred Sahm, Luisenstr. 12, 2. Stock, und seine Ehefrau Emma, geb. Kuhmert. Sahm ist langjähriger Parteimitglied und Gemeindefunktionär und langjähriger Leiter der „Volksmacht“. Wir gratulieren!

Der Reichsbahnabemeister Willi Fleier und seine Ehefrau Olga, Vorwerkstraße 42, feiern ebenfalls heute Silberhochzeit. Er ist seit 25 Jahren organisiert und Leiter der „Volksmacht“. Wir gratulieren!

Von der Beamtenabteilungs-Kammer.

Landgerichtspräsident Dr. Fint hatte gebeten, ihn aus dienstlichen Gründen vom Vorsitz der Beamtenabteilungs-Kammer zu entbinden. An seine Stelle tritt Senatpräsident vom Oberlandesgericht Dr. Beckmann.

Theater und Musik

3. Abonnements-Konzert

Es war gut, daß Herr v. Hoecklin den Ruf ausbrachte, endlich mit der traditionellen Einreihung der Sinfonie im zweiten Teil zu brechen, und dafür das Hauptwerk an den Anfang stellte. Hier sollte es nun auch immer seinen Platz behalten. Einstweilen reparieren sich damit die Dirigenten die doch nicht geprobte Füllnummer, zum anderen aber, und das ist für uns letztlich entscheidend, ist der Hörer allein zum Beginn eines Konzerts elastisch genug, um wie es diesmal notwendig war, eine so gewaltige Klangschöpfung wie Bruckners 7. Sinfonie bis zum letzten Takt aufzunehmen und zu verarbeiten. Daß es wenig Brudnerdirigenten gibt, d. h. Persönlichkeiten, die sich mit dem Werk und der geistigen Welt des letzten Sinfonikers identifizieren können, weiß heute jeder Konzertbesucher. Den Hörern des dritten Abonnements-Konzerts wird aber bewußt worden sein, daß v. Hoecklin den wenigen nachsängerischen Künstlern auszuwählen ist, die ein Anrecht haben, Bruckner zu dirigieren.

Bruckners siebente Sinfonie, nicht so kompliziert wie die vorangegangenen, ist eine der größten E-Dur-Dichtungen der Musikliteratur, und die reiste Frucht einer schon in Reife schreitenden, ausgeglichener Seele. Hier ringt der Mensch nicht mehr mit den Kräften des Alltags, in seine Brust kehrt die Ruhe des Sonntags ein. Wannen tiefer Weide durchdrängen den Hörer und er nimmt teil an dem inbrünstigen Verharren eines an den Kosmos hingebenen Willens. Wer jung war, wie v. Hoecklin diese Schöpfung von mehr als einhundertjähriger Dauer in großliniger Gestalt frei aus dem Gedächtnis aufbaute, wer vernünftige Struktur, wie er den Stoff handigte und die weitläufige Struktur des Werkes zusammenfaßte, der wird erlaubt haben, weise Künstler großen Formats wie in diesem Orchesterleiter zu sehen. Der Jubel, der Dirigent und Orchester kühnte, kann als Beweis angesehen werden, daß der Konzertbesucher noch nicht verlernt hat künstlerisch-würdevoll zu würdigen. Der Beethovenfolger folgte zwei Arien von Handel und drei Lieder von Schubert von G. Mahler, unter anderem auch die Resende, deren glänzende Beweis dafür, was ein großer Komponist aus dem Reichthum des Menschlichen zu machen vermag. Alexander Kipnis sang die Lieder mit sehr schöner, weicher Tongebung und ohne Opern-artigkeit, wena auch im Ausdruck nicht mit der besten schillernden Kraft. Abgesehen von den Arien, war die Besetzung des Orchesters meisterhaft. Den Höhepunkt des Konzerts, aber nicht ermüdenden Programms bildete die schwebende Wiederholung des Meisterliedervorspiels.

Schrittverkehr in der Henningsstraße

Der Volksgewerkschaft hat im Einvernehmen mit der Industrie- und Handelskammer und der Parteiführung Schließen angeordnet, daß sämtliche Fahrzeuge in der Henningsstraße nur im Schritttempo, also mit einer Stundebegrenzungsgeschwindigkeit von acht Kilometern, verfahren dürfen. Die Maßnahme wird bedingt durch die Beschaffenheit des Pflasters und des Bauzustandes der Häuser.

Der Bedarf an Holzgewerkschaften

Für die nächste Einholung bei der Holzgewerkschaft in Frankenstein in Schlesien am 1. April 1933 wird aus der Zahl der schon jetzt vorliegenden Bewerbsunterlagen vollauf gekostet. Weitere Bewerbungen für diesen Einstellungstermin sind daher ausgeschlossen.

Beschluss „Der neuzeitliche Kachelofen“

Am Freitag, den 11. November 1932, findet die Hauptversammlung des Kunstgewerbevereins mit der üblichen Tagesordnung statt und zwar diesmal im großen Saal der Handwerkskammer Breslau, Blumenstraße 8. Anschließend wird um 20,30 Uhr ein Vortrag vorgeführt „Der neuzeitliche Kachelofen“. Ein Film in drei Teilen, der über 1 1/2 Stunden läuft und für jedermann Wissenswertes und Interessantes bietet, dabei aber auch nicht trocken, sondern in feiner Handlung unterhaltend ist. Der Eintritt ist frei. Gäste sind willkommen.

50 Mark verloren.

Dem Hauptingang des Gewerkschaftshauses bis zum Büro des J. A. verlor gestern ein klangloses junges Mädchen 50 Mark. Das Geld war für Krankenlattenbeiträge bestimmt. Der ehrliche Finder wird gebeten, da der Vater des Mädchens bei seinem niedrigen Verdienst noch vier Kinder zu versorgen hat, selbige im Büro des Zentralverbandes der Angestellten, Genossen Swolinski, abzugeben.

Einbuchtung von Gräbern.

Auf den städtischen Friedhöfen Gräbern, an der Oswiker Straße und in Kofel werden demnächst — wie alljährlich — alte Grabstätten, die seit länger als 25 Jahren belegt sind, eingeebnet, sofern nicht bis Ende Dezember 1932 Anträge wegen Weitererhaltung gestellt werden. Näheres ergeben die Anrufe, die im Friedhofsgebiete sowie an den Eingängen zu dem Inspektionsbüro der Friedhöfe und zu dem Verwaltungsbüro XVII F, Breite Straße 25, Gehoboth, ausgegangen sind.

Spende zur Winterhilfe.

Die Breslauer Wad- und Schließelgesellschaft hat sich auch für diesen Winter bereit erklärt, 1000 Essensportionen für besonders hilfsbedürftige Schülernge des Städtischen Fürsorgeamtes zu spenden. Es sollen täglich etwa 10 Portionen im Städtischen Speisehaus II, Mühlgasse, abgegeben werden. Die Speisungen sollen auch Sonntags stattfinden, da die Speisehäuser vom 1. November dieses Jahres ab auch Sonntags geöffnet.

Wo holt sich der Arbeiter Rat und Hilfe?

Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt
 Abteilung: Haus- und Krankenpflege
 Ortsausschuss, Kurstraße 4, Hof II, Telefon 57 766
 Auskunft über die Vermittlung von Hauspflege
 täglich von 10-15 Uhr
 Unsere Hauspflegerinnen mit und ohne Krankenpflegerische
 Ausbildung übernehmen, besonders für Kinderbewahranstalten,
 Familienpflege, Besorgung nach Uebereinkunft.

Abteilung: Allgemeine Wohlfahrt
 Ortsausschuss, Kurstraße 4, Hof II, Telefon 57 766
 Beratung in allen Wohlfahrtsangelegenheiten täglich, außer
 Freitag und Sonnabend, von 12-14 Uhr. (Vor 12 Uhr kann
 niemand in die Beratungsstelle hineingelassen werden, ebensie
 nicht nach 14 Uhr, da vorher und nachher die Räume anderweitig
 gebraucht werden.)
 Rat und Auskunft werden kostenlos durch die Fürsorgerin
 der Arbeiterwohlfahrt erteilt.

Abteilung: Erziehungs- und Jugendberater
 Bezirksausschuss Kurstraße 4, Hof II, Telefon 54 620
 Auskünfte in allen Erziehungsfragen Montag und Mittwoch
 von 17-19 Uhr.
 Die Beratungen für die besonders geschulte Kräfte zur
 Verfügung stehen und kostenlos. Die Unterredungen werden
 streng vertraulich behandelt.

Abteilung: Fürsorge für Alkoholranke
 Bezirksausschuss, Kurstraße 4, Hof 2, Telefon 546 20
 Beratung für Alkoholranke und deren Angehörige jeden
 Montag von 16-18 Uhr.
 Rat und Auskunft wird kostenlos von Mitgliedern des
 Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes erteilt.

Sexualberatungsstelle
 Bezirksausschuss Kurstraße 4, Hof II, Telefon 54 620
 Medizinische Beratung über alle Fragen des Ehe- und Ge-
 schlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwanger-
 schäfts-Berührung usw. jeden Dienstag und Donnerstag von
 18 bis 20 Uhr
 Die Beratung ist kostenlos. Sie unterliegt der ärztlichen
 Schweigepflicht. Personalangaben sind nicht erforderlich.

Sprechstunde für Erwerbslose
 Rat und Auskunft in allen einschlägigen Angelegenheiten
 erteilt die Erwerbslosenkommision der SPD, Breslau, Gewerkschafts-
 haus, Zimmer 10, Sprechstunden täglich von 9 bis
 11 Uhr, außer Sonnabend. Bei Anfragen von auswärts
 wird gebeten, Rückporto beizufügen.

Juristische Sprechstunde
 findet nächste Woche Mittwoch und Sonnabend von 4-5 Uhr statt.
 Es wird Rechtsauskunft gegen Vorlegung der Abnemen-
 tskündigung erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.
 Schriftliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn
 Rückporto beiliegt.

Breslauer Produktensäfte vom 8. November 1932.

Entliche Notierungen der Breslauer Produktensäfte vom 8. November 1932.
 In der Wähe im Grobhandel verachtete Preise für alle Warenabteilungen (De-
 lauren in kleinen Mengen) in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung. Tax für
 Kartofeln gibt der Erzeugerpreis. (Wehl einschließlich Handelspanne.)

Tägliche amtliche Notierungen.

Weggen, Roggen, Hafer und Gerste	1000 kg = 1 Tonne	hiesig
Dinkel, vollenährliche Futtermittel, Wehl	100 kg	Breslau
Cartofeln	80 kg	
Kartoffeln Krautblätter	80 kg	ab Erzeugerstation

Getreide

	7. 11.	8. 11.	
Weggen (schleicher) neuer Ernte			Die Preise ver- fesseln sich per 1000 kg waggon- frei Breslau in voll. 15 Tonnen- ladungen
Hektolitergewicht von 78,0 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	201,00	201,00	
Hektolitergewicht von 74,0 kg, gut, gesund und trocken	199,00	199,00	
Hektolitergewicht von 69,0 kg, trocken, für Müllereizwecke verwendbar	185,00	185,00	
Sammerweizen, hart, alioia, 80 kg			
Weggen (schleicher) neuer Ernte			
Hektolitergewicht von 71,0 kg Durchschn. Qual., gesund u. trocken	158,00	155,00	
Hektolitergewicht von 69,0 kg gut, gesund und trocken	152,00	151,00	
Hektolitergewicht von 69,0 kg, trocken, für Müllereizwecke verwendbar			
Hafer, mittlere Art und Güte	130,00	130,00	
Braugerste, reichte	195,00	195,00	
gute	180,00	180,00	
Sammergerste, mittlere Art und Güte			
Wintergerste 61-62 kg	160,00	160,00	

Inbuitpreis, 65 kg, 168,00 Tonnens: Unregelmäßig

Amliche Notierungen für Mühlenzergnisse

Ruhig	7. 11.	8. 11.	Ausnommel	7. 11.	8. 11.
Reiggenmehl (70%)	27,75	27,75		39,75	39,75
Roggenmehl (70%)	22,25	22,25			

Hüttenzergnisse

Weiler ruhig	4. 11.	8. 11.	4. 11.	8. 11.
Witwaraerz 22,00-26,00	22,00-26,00		Witwaraerz	
Gelb. Mittelz. 32-35	32-35		Witwaraerz	
gelbe Erbsen 17-18	17-18		Witwaraerz	

Futtermittel

Ruhiger	4. 11.	8. 11.	4. 11.	8. 11.
Weizenfette	8,50-9,00	8,50-9,00	Witwaraerz	8,50-9,00
Roggenfette	8,00-8,50	8,00-8,50	Witwaraerz	8,25-8,75
Gerstenfette	11,00-11,50	11,00-11,50	Witwaraerz	8,20-8,80
Witwaraerz 36%	8,25-8,75	8,25-8,75	Witwaraerz	
Witwaraerz 30%	9,25-9,75	9,25-9,75	Witwaraerz	
Witwaraerz 46%			Witwaraerz	
Witwaraerz 46%			Witwaraerz	
Witwaraerz 16%	9,00-9,50	9,00-9,50	Witwaraerz	
Witwaraerz	8,60-9,10	8,60-9,00	Witwaraerz	

Wasserhand

Rattbor	8. 11.	9. 11.	8. 11.	9. 11.
Wasserhand	1,08	1,08	Wasserhand	1,88
Wasserhand	0,78	0,60	Wasserhand	1,00
Wasserhand	1,70	1,78	Wasserhand	60
Wasserhand	1,88	2,18	Wasserhand	11,00-11,50
Wasserhand	1,01	0,98	Wasserhand	

Amlicher Wetterbericht
 des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Ritterstr.
 (Wetterbericht auch mit Wetterkarte verbunden.)
 Die Wetterverhältnisse sind über Mittelnormen nur sehr langsam herabgezogen.
 Gestern hat sich eine Schichtbildung eingestellt, die in den Beobachtungsstunden
 sich zu einer dichten Wolkendecke entwickelte. Es regnete abends und gestern
 weiter ein, und zum Teil konnte es zu heftiger Regenbildung kommen.
 Ursachen für das heftige Gewitter sind: 1. Die Wetterlage ist durch
 bei südlichen Winden sehr wolkig, sehr häufig anhaltend, tagüber
 wärmeres Wetter, nur vereinzelt etwas Regen.
 Ursachen für das heftige Gewitter sind:
 Bei südlichen Winden sehr wolkig, sehr häufig anhaltend, tagüber
 wärmeres Wetter, nur vereinzelt etwas Regen.
 Sonnenaufgang: 7.10 Uhr - Sonnenuntergang: 18.12 Uhr

Ferretung des Berichtes vom Hauptblatt

Schweidnitzer Bombenlegerprozeß

Die Anklagerede
 In der er auf die schreckensvollen Tage des August verweist, in
 denen Bomben zu Mitteln des politischen Kampfes wurden. Er
 hält die Angeklagten nach dem Ergebnis des Prozesses restlos
 für überführt, will aber bei den Angeklagten Waasner und
 Polowski nicht den § 5 des Sprengstoffgesetzes, der allein die
 Todesstrafe, sondern nur den § 6, der eine Mindeststrafe von fünf
 Jahren Zuchthaus vorsieht, angewendet wissen, während seine
 Strafanträge gegen die der Beschlagnahme angeklagten
 Drahtzieher sogar unter den Mindeststrafen blieben,
 obwohl er in seinem Plaidoyer selbst unterstreicht, daß
 offenbar das ganze Attentat von Staatsmännern geleitet
 und organisiert wurde. Straßverführer sei die Schwere
 des Verbrechens, Strafmildernd hingegen bei seines die
 Verbundenheit hoher Kameradschaftlichkeit und bei den anderen
 Beteiligten anzusehen, daß sie auf Befehl handelten. Im
 einzelnen beantragte der Oberstaatsanwalt dann: wegen ver-
 suchten Mordes, sowie Nichtanmeldung eines Gummifüllpöpsels,
 wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 6 des Sprengstoffgesetzes
 gegen Polowski fünf Jahre sechs Monate Zuchthaus sowie fünf
 Jahre Ehrverlust, gegen Waasner sechs Jahre Zuchthaus, sowie
 fünf Jahre Ehrverlust und gegen Waasner eine Gesamtstrafe von
 sechs Jahren und einem Tag Zuchthaus, sowie fünf Jahre Ehr-
 verlust. Wegen Beschlagnahme forderte der Vertreter der Staats-
 anwaltschaft für den Gruppenführer der schließlichen G. L. Heines,
 zehn Monate Gefängnis, für den Stabsführer Hans Neun Monate
 und für die Stabsführer Staats und Rauscher je sechs
 Monate Gefängnis.

Für den Nebenkläger
 Genossen Paeschke-Rangenhilau beantragte hingegen Rechts-
 anwalt Genosse Bandmann die Anwendung des § 5 des
 Sprengstoffgesetzes, der allein in auf diesen Fall anzuwenden sei.
 Als prinzipieller Gegner der Todesstrafe bitte er jedoch um die
 Umwandlung in eine mildere Strafe auf dem Gnadenwege, doch
 müsse, soll hier Recht gesprochen werden, das Gesetz auch sinn-
 gemäß angewendet werden.

Hoffmannbank-Prozeß
 in neuer Auflage
 Die Schweidnitzer Große Strafkammer beschäftigt sich seit
 einigen Tagen mit der Beratung im Prozeß wegen des Zu-
 sammenbruchs des Bankhauses Hoffmann in Reichenbach.
 Das Schöffengericht verurteilte jeherzeit die Prokuristen Scholz
 und Blasig zu einem Jahr sechs Monaten bzw. vier Monaten
 Gefängnis, die Mitinhaber Karl Hoffmann zu einem Jahr
 Gefängnis und Berthold Hoffmann zu 150 Mark Geldstrafe.
 Scholz und Karl Hoffmann hatten gegen ihre Verurteilung Be-
 rufung eingelegt, ebenso die Staatsanwaltschaft gegen Scholz,
 Blasig und Karl Hoffmann.

Auf Grund der Berufungsverhandlung kam der Staats-
 anwalt zu der Feststellung, daß die im ersten Urteil festgelegten
 Strafen zu gering seien. Im Interesse der Wiederherstellung des
 Vertrauens zu den Banken müsse mit aller Rücksichtslosigkeit gegen
 Banken vorgegangen werden, die das Vertrauen ihrer Kunden
 täuschen. Er beantragte daher gegen Scholz wegen Beihilfe
 zum Bankrott, Depotverbrechen und Untreue zwei Jahre Ge-
 fängnis, gegen Blasig wegen Beihilfe zum Depotverbrechen
 und Untreue ein Jahr Gefängnis und gegen Karl Hoffmann
 wegen Beihilfe zum Bankrott, Depotverbrechen, Untreue und Be-
 trag ein Jahr neun Monate Gefängnis.

Die Strafkammer verurteilte wegen Beihilfe zum Bankrott,
 Depotverbrechen und zur Untreue sowie Betrages Scholz zu
 zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis Karl Hoffmann zu
 einem Jahr vier Monaten Gefängnis, Blasig wegen Beihilfe
 zum Depotverbrechen und zur Untreue sowie wegen Betrages in
 zwei Fällen zu sieben Monaten Gefängnis. Die von Blasig be-
 antragte Strafaussetzung wurde mit Rücksicht auf die Schwere
 der Tat abgelehnt.

Eine Wirtshausrauferei vor dem Breslauer Sondergericht

Am Dienstag hatten sich vor dem Breslauer Sondergericht
 vier teilweise wohl kommuniziert genannte Einwohner von Lohe,
 Kreis Breslau, wegen unerlaubten Waffenbesitzes und gefähr-
 licher Körperverletzung aus politischen Beweggründen, worauf
 bekanntlich laut Terrorverordnung bis zu zehn Jahre Zuchthaus
 stehen, zu verantworten. Wer aber etwa erwartete, daß
 hier ein heftiger Zusammenstoß mit politischen Gegnern mit dem
 unmenhlichen Maß der in der Terrorverordnung vorgesehenen
 Strafen gemessen werden sollte, sah sich im Laufe der Verhand-
 lung ziemlich enttäuscht. Der ganze Vorfall, der diesem Prozeß
 zugrunde lag, war nichts weiter als eine recht alltägliche
 Wirtshausrauferei von mäßiger Bedeutung. Der Straßenbahn-
 führer Bach, der ebendem, um seine Braut zu besuchen, öfters
 nach Lohe kam, geriet am 13. August in dem Gasthaus Feige
 mit dem Arbeiter Feige in einen Wortwechsel, den im einzelnen
 auch die Gerichtsverhandlung nicht restlos zu klären vermochte.
 Als die Auseinandersetzung zu Tätlichkeiten führte, mischten sich
 drei andere Gäste ein, wobei Bach das Hemd zerrissen wurde.
 Gefahren ist ihm nichts wesentliches; er konnte schließlich auch
 das Lokal verlassen und bekam sogar von dem Angeklagten Eisner
 aus Lohe 10 Mark für den Sachschaden, was ihn aber nicht
 hinderte, trotzdem Strafanzeige zu erlassen.

Wer zuerst mit dem Streit begonnen hat, blieb auch vor
 dem Sondergericht reichlich unklar. Selbstverständlich war jeder
 der Streitenden der Auffassung, der andere habe angefangen,
 behauptete einerseits Bach, Feige habe ihn aufgefordert, in den
 Rotfrontklub einzutreten, während Feige wiederum erklärt,
 Bach habe darauf mit Hülsgeschrei erwidert. Das bestritt B.
 wiederum, denn er habe zwar gelegentlich beim Glasheben für
 die Nazis mitgeholfen, sei aber dort nicht Mitglied. Der
 Herrschergehilfe Diehs aus Lohe, der Bach angeblich bestätigt,
 ist Nazi-Mitglied, gibt aber selbst zu, mit den Angeklagten noch
 nie in Konflikt gekommen zu sein. Seine Aussagen deuten sich
 mit den des B. und dessen Frau, die zu Beginn der Streitzeit vor
 dem Gasthaus durchs Fenster sah, während der Gastwirt Feige
 selbst keinerlei Einzelheiten in seinem Gedächtnis behalten hat
 und nach seiner Aussage nur bemüht war, Ruhe herzustellen. Daß
 Feige ein Messer zum Zutreten gezogen habe, wies nach der
 Beweisaufnahme - der Richter will ein Taschenmesser, Bach
 gar nur die Scheide eines Messers in Feiges Hand gesehen haben,
 so wenig nachweisbar, daß Staatsanwaltschaftsberater Feiger gegen
 ihn selbst Freispruch beantragte, für die anderen drei An-
 geklagten A. Ober, W. Eisner und J. Speitzlich forderte
 er jedoch 100 Mark Geldstrafe bzw. zehn Tage Gefängnis wegen
 schwerer Körperverletzung.
 Daß hier politische Beweggründe keine Rolle gespielt
 hatten, erkannte der Anklagevertreter an, so daß er die Terror-
 verordnung als Grundlage der Anklage ausschaltete. Trotzdem
 bleibt diese Bestrafung, auf die das Sondergericht dann auch
 erkannte, immerhin noch unverhältnismäßig hoch, da ja B. im
 Grunde nichts Besonderes gesehen war und er selbst sogar, in

Sprengstoffdiebstahl

Aus einem verschlossenen Raum der Ziegelei in Ragnau,
 die von der Stadt Waldenburg gepachtet ist, wurde von un-
 bekannten Tätern etwa ein Zentner Sprengstoff gestohlen. Zum
 Begleichen derselben benutzten die Diebe, wie vorhandene Spuren
 beweisen, ein Auto. Wahrscheinlich dürften auch hier politische
 Gründe die Veranlassung zu dem Diebstahl sein. Bekanntlich
 wurde in Ragnau auch der Sprengstoff gekauft, von dem man an-
 nimmt, daß er bei den Attentaten der G. L. am 8. August Ver-
 wendung fand.

Genosse Kranold bestätigt

Die Rechtspresse vermeldet mit schlichtem Unbehagen: Wie
 bereits kurz mitgeteilt, ist der frühere sozialdemokratische Landrat
 Kranold-Sprottau von der Weigener Regierung als Bürger-
 meister von Haynau bestätigt worden. Der Einspruch der Bürger-
 lichen Parteien gegen die Bestätigung Kranolds hat also keinen
 Erfolg gehabt, und der bekannte langjährige Bürgermeister
 Herrmann muß aus seinem Amt ausscheiden. Das bedeutet,
 daß die Stadt außer dem Gehalt des neuen Bürgermeisters auch
 noch die Pension für Herrmann zahlen muß.

Nach den Gesichtspunkten des Herrenklubs wären demnach
 Kommunalbeamte grundsätzlich nicht mehr zu beistimmen, wenn
 sie der Sozialdemokratischen Partei angehören. Gegen Kranold
 liegt bekanntlich keine irgendwie geartete Einwendung sachlicher
 Art vor, lediglich seine politische Gesinnung paßt den Bürgerlichen
 nicht in den Kram, und so meinen sie, eine Gemeinde mit sozial-
 demokratischer Mehrheit solle sich einen bürgerlichen Bürgermeister
 zulegen. Erstrecklicherweise sieht sich die Reaktion in den Kreis-
 behörden doch noch nicht so fest im Sattel, als daß sie dieses ge-
 wagte Spiel gespielt hätte. Die Sparzwangungen der
 Deutschnationalen sind übrigens ebenfalls abwegig, da nämlich
 der preukische Staat durch die Bestätigung Kranolds als Bürger-
 meister von der Verpflichtung freikommt, ihm Wartegeld für sein
 unfreiwilliges Nichtstun zu zahlen.

Heberfall in der Wahnacht

In der Nacht zum Wahlfest kam es, wie nachträglich ge-
 meldet wird, in Nieder-Salzbrunn zu Zusammenstößen
 und zur Beschädigung von Eigentum der Sozialdemokratischen
 Partei. Fünf Genossen wurden gegen 1 Uhr in der Nähe der
 Kirchen von ungefähr 20 Nazis überfallen. Dabei erlitt der
 Reichsbannermann Kluge schwere Heberverletzungen am Hinter-
 kopf und am Mittelfinger der linken Hand. Seine Frau hat am
 linken Arm fünf, am rechten zwei Schlagstellen. Vom sofort ver-
 handigten Oberlandjäger Simson wurden die Verletzten zum
 Arzt Dr. Herrmann gebracht.

Falschmünzerei im Busch

In einem dichten Gehölz im Grünbusch, Kreis Hirsch-
 berg wurde ein Mann beobachtet, der in verdächtiger Weise
 hämmerte. Die Polizei nahm ihn schließlich bei der Herstellung
 von täuschend ähnlichen falschen 50-Pfennigstücken fest und be-
 schlagnahmte einige im Busch versteckten Apparate. Der Ver-
 haftete, ein 25jähriger Maurer aus Hirschberg, will die Falsch-
 münzerei erst seit acht Tagen betrieben haben.

Geldh. Lohngebläuber verhaftet. Die Gölzler
 Lohngebläuber konnten bereits verhaftet werden. Anführer ist
 der an der Tat nicht beteiligte, beim freiwilligen Arbeitsdienst,
 beschäftigte Karl Stübowski. Er hatte auch dem einen der Täter,
 dem Wollfabrikemanager Walter Gottschling sein Fahrrad ge-
 liehen.

Alt-Weißth, Kr. Habelschwerdt. Vom Schlauchfeld der
 Arbeit. In einem hiesigen Fabrikbetrieb fürste der 47 Jahre
 alte Werkmeister Ludwig Weiß beim Verarbeiten von Stämmen und
 schlug derartig mit dem Kopf auf, daß er am nächsten Tage an
 den Folgen des Unfalls verstarb. Der Verunglückte fuhr trotz
 der schweren Verletzung am Abend mit dem Rade noch seiner Be-
 handlung und am nächsten Tage fuhr er früh wieder zum Dienst,
 wo ihn dann der Tod ereilte.

Herrmannsdorf. Kottoller. Der dreizehnjährige Sohn
 eines Kriegsinvaliden lebte am Sonntag in Herrmannsdorf
 einen kleiner Wollmerzettel der SPD, an den Naßl des
 Teppichklopfgerütes im Gemeindehause. Raum sah dies der be-
 kannte Arbeiter K. Reichsen, als er sich schon auf den er-
 schrockenen Jungen richtete, ihn anbrüllte und ins Gesicht schlug.
 Anscheinend leitet K. seine Verächtigung zu diesem Vorgehen
 davon ab, daß er den Wollmerzettel und den Naßl in der
 Verwahrung hat und sich nun, was nicht der Fall ist, für den
 Hausverwalter hält. Überdies würde auch das ihn nicht be-
 rechtigen, auf Kinder einzuschlagen oder, was häufig vorkommt,
 den Kindern Prügel anzuhängen bzw. sie mit einem Hammer zu
 bedrohen. Sache der Gemeindevormaltung wird es wohl sein,
 nachzuprüfen, ob es den übrigen Vätern weiterhin zugumuten
 ist, mit einem solchen Mann unter einem Dach zu wohnen.

Neumarkt. Die Masernerkrankungen nehmen hier
 so stark zu, daß nicht nur Klassen im Gymnasium, sondern auch
 mehrere Klassen der evangelischen und katholischen Volksschule
 geschlossen werden mußten.

Sozialdemokratische Partei
 Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
 Sekretariat: Neumarkt, Markt 22, (Telefon 170-174)
 Telefon 170, 174
 Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr
 Breslau, Freitag, den 11. November, 20 Uhr, bei Mende
 Mitgliederversammlung, Redner: Gen. Fränkel-Breslau.
 Kein Mitglied darf an dieser wichtigen Versammlung fehlen.
 Breslau, Der Eisenabend der G. L. muß wegen des
 Burgfriedens auf Sonntag, den 20. November, verlegt werden.
 Die Eintrittskarten haben an diesem Tage Gültigkeit.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Kein Grund zur Freude

Arbeitslosigkeit läßt nach

aber man muß nur etwas näher hinschauen
Löhne gleich Arbeitslosenunterstützung

Die Arbeitsmarktlage im Reich weist nach dem Bericht der Reichsanstalt vom 16. bis einschließlich 31. Oktober eine zahlenmäßig eine Besserung auf. Die Meldungen der Arbeitsämter ergeben für Ende Oktober 1932 eine Gesamtzahl von rund 5 100 000 Arbeitslosen. Damit ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die der Bericht über die erste Hälfte dieses Monats aufwies, fast völlig ausgeglichen. Gegenüber Ende September mit einer Arbeitslosenzahl von 5 180 000 ergibt sich nur eine ganz geringfügige Zunahme. Im Vorjahre war die Zahl der Arbeitslosen zwischen den beiden Stichtagen von Ende September und Ende Oktober im ganzen um rund 260 000 gestiegen.

Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Zahlen wird durch die Gegenüberstellung der Entwicklung in den Saisonarbeitsberufen und den übrigen Berufsgruppen etwas aufgeklärt. Während nämlich in den Saisonarbeitsberufen die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte Oktober weiter, und zwar um rund 25 000 zugenommen hat, ist sie in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um rund 66 000 gefallen. In der Vergleichszeit des Vorjahres dagegen stieg die Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen, da sich mit einer wesentlich härteren saisonmäßigen Verschlechterung noch ein konjunkturelles Absinken verband.

Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende Oktober etwa 250 000 junge Menschen beschäftigt, also noch um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl ist in der angegebenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. Die Zahl der Katastralarbeiter hat mit schätzungsweise 90 000 Ende Oktober den Stand vom Vorjahr nur etwas überschritten.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Oktober rund 582 000, in der Krankenversicherung rund 1 139 000 Arbeitslose betreut. Gegenüber dem letzten Stichtag hat sich nur die Zahl der Krankenunterstützten verändert; sie ist um rund 36 000 zurückgegangen. In der öffentlichen Fürsorge wurden rund 2 141 000 Wohlfahrtsrentner unterstellt, die von den Arbeitsämtern als solche bis zum Stichtag anerkannt waren, d. h. rund 94 000 mehr als bei der letzten, Ende September durchgeführten Zählung.

Die Arbeitslosenzahl sinkt also. Ein wirklicher Erfolg des Bekämpfungsexperiments liegt aber in dem zahlenmäßigen Absinken der Arbeitslosigkeit nicht. Wir können uns über diesen Erfolg nicht freuen; denn die Einstellung erfolgt zu Löhnen, die unter jeder Kritik sind. Der Unterschied zwischen Lohn und Unterstützung ist total vermischt. Wie lange arbeiten denn die Neueingestellten? In der Mehrzahl der Fälle so kurz, daß nur eine ganz jämmerliche Gesamtentlohnung für sie pro Woche herauskommt. Es ist ein Trugschluß, von einer Bekämpfung zu sprechen, wenn der Arbeiter nur zu einem Lohn beschäftigt wird, der eigentlich nichts anderes darstellt als eine Arbeitslosenunterstützung.

Auf der anderen Seite muß die Regierung nun schleunigst Folgerungen aus den neuen Zahlen ziehen. Wenn die Arbeitslosigkeit nachläßt, dann muß so rasch wie möglich das an den Arbeitslosen begangene Unrecht wieder gut gemacht werden. Die Schwere der Arbeitslosenversicherung, nach der die Hilfsbedürftigkeitsprüfung einsetzt, muß gelockert werden; ebenso muß die Dauer der Unterstützung, die im vorigen Jahr zuerst auf 20, dann auf 16 Wochen heruntersetzt wurde, wieder auf 26 Wochen erhöht werden. Und schließlich darf man nicht nur jedem zehnten Arbeitslosen einen kleinen Winterzuschlag geben und neun leer ausgehen lassen, sondern auf der ganzen Linie ist eine fühlbare Erleichterung zu schaffen.

An die Arbeitslosen muß zuerst gedacht werden. Das gilt auch bei der Verwendung der Ueberflüsse der Reichskasse. Man will sie benutzen, um den Gemeinden aus den Schwierigkeiten zu helfen. Allein die Beiträge, die gezahlt worden sind, dürfen von rechtswegen nur dazu benutzt werden, um die Arbeitslosenversicherung in ihrer ursprünglichen Gestalt, d. h. als Versicherung wieder herzustellen. Wenn den Gemeinden gebolfen werden soll — und wir haben gar nichts dagegen, daß ihnen gebolfen wird — dann muß das auf anderem Weg geschehen.

Porzellanarbeiterstreik wegen Lohnabbau

Die Belegschaft der Porzellanfabrik Kahla S. G. in Kahla (Thüringen), die etwa 900 Arbeitsträfte umfaßt, ist in den Streik getreten. Die Direktion wollte den Lohnverordnungslohnabbau annehmen. Den Beschäftigten blieb keine andere Möglichkeit der Abwehr; denn die Firmenleitung zeigte keinerlei Entgegenkommen.

Vor einigen Monaten mußte die Belegschaft bereits Streikpreisforderungen auf sich nehmen. Trotzdem tat sie alles, um den Betrieb über bestehende Schwierigkeiten hinwegzubringen. Jetzt aber ist das Maß voll. Der Streik droht auch auf andere Konzernwerke überzugreifen.

40-Stundenwoche ohne Lohnkürzung

Der britische Verkehrs- und Fabrikarbeiterverband hat mit einer Farben- und Linienfabrik in Wolverhampton eine Vereinbarung über die Einführung der 40-Stundenwoche getroffen. Diese Fabrik hat ihren Betrieb vollständig umgestellt. Ihre Arbeitsmethoden rationalisiert und allgemein den Streikern vorgelebt. Die Umstellung hätte normalerweise größere Entlassungen zur

Folge gehabt. Man versuchte dies durch die Einführung der 40-Stundenwoche zu vermeiden unter Aufrechterhaltung des Lohnes, der früher für eine 47stündige wöchentliche Arbeitszeit gezahlt wurde. Nach Auffassung des Verbandes hat dieses System den Vorteil, daß es dem Arbeiter mehr Freizeit gewährt; außerdem sind Ründigungen vermieden worden, die nach dem Vertrag auch innerhalb der nächsten sechs Monate nicht möglich sind; ferner besteht in dem Betrieb eine Art Pensionseinrichtung. Wenn sich Entlassungen nicht vermeiden lassen, sind auf Grund der Vereinbarung entsprechende Entschädigungen zu zahlen.

Die Bergarbeiterlöhne im Saargebiet

Sollen bestehen bleiben, obwohl beabsichtigt war, sie zu senken. Der französische Arbeitsminister hatte den Plan zur Senkung der Löhne gebilligt, die Grubenverwaltung hat jedoch den Gewerkschaften des Saargebietes mitgeteilt, daß sie die bisherigen Löhne beibehalten werde, obgleich das ein weiteres Defizit zur Folge habe.

Wenn nur die Reichsregierung wohl bleibt

Vollsgesundheit ist Luxus!

Die geplante Einschränkung der Heilverfahren in der Invalidenversicherung

Der Vollsgesundheit droht, wenn in der Wirtschaft und vor allem auf dem Arbeitsmarkt nicht bald eine Besserung sich bemerkbar macht, ein Zusammenbruch, der in Jahren nicht wieder gut gemacht werden kann. Die gesundheitlichen Notverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sind unter dem Druck jahrelanger, materieller und auch seelischer Not aufgebraucht. Die Unterhaltungen liegen unter dem Existenzminimum. Die Unterernährung ist in zahllosen Familien der Normalzustand. In überfüllten Wohnungen, in die die Not Tausende und Untertausende von Existenz zusammenprescht, sind die Ansteckungsgefahren aller Art unheimlich vermehrt worden. Ein fürchterlicher Winter droht der Bevölkerung; er wird der Vollsgesundheit neue Wunden schlagen.

Und was tut die Reichsregierung zur Behebung dieses Notstands? Antwort: nichts. Ja, sie steigert noch diesen Notstand. So mühten die Spitzengewerkschaften den Reichsarbeitsminister nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß die geplante neue Einschränkung der Heilverfahren in der Invalidenversicherung von der Arbeiterschaft unmöglich stillschweigend hingenommen werden kann. Man sollte es nicht für möglich halten, und doch ist es so: man will die freiwilligen Leistungen in der IV., die 1930 99,3 Millionen Mark ausmachten, für das nächste Jahr auf 40 Millionen herabsetzen. Von diesen 40 Millionen sollen aber auch noch die Unterhaltungsstellen für stillgelegte Anstalten in Abzug gebracht werden.

Eine Sinnlosigkeit und Brutalität zugleich! Man muß sich vergegenwärtigen, daß zurzeit ohnehin fast nur noch die Lungenerkrankten bei den Heilverfahren in Pflege genommen werden. Will man wirklich nun auch noch den tuberkulösen Arbeiter seinem Schicksal überlassen, und ihn zu einem Heerd der Ansteckung und der Zerstörung der Gesundheit seiner Angehörigen machen? Das Heilverfahren war von jeher das wichtigste Gut unter den Leistungen der Invalidenversicherung. Es war noch wichtiger als die Rentenleistung, denn eine gründliche Kur war immer noch wertvoller, als ein vorzeitiges, durch einige Rentenpennige nur notdürftig gemildertes Dahinsinken.

Den verantwortlichen Stellen scheint erst auf den Protest der Gewerkschaften hin ein Licht aufgegangen zu sein. Sie versuchen, die Gewerkschaften mit dem Hinweis zu beruhigen, man könne ja zunächst einmal den neuen Sparversuch machen und dann später, wenn sich die Verhältnisse wieder besserten, nachhelfen. Wir sind umgekehrt der Auffassung, daß solange als nur irgend möglich alles vermieden werden muß, was die durch die Arbeitslosigkeit bereits sehr böse mitgenommene Volksgesundheit noch mehr zerstört.

Aber kann man von einer Regierung, die sich ausdrücklich als Gegner des „Versorgungsstaats“ bekant, für die wichtigste Aufgabe der Invalidenversicherung Verständnis erwarten? Wir sind gespannt, ob die Gewerkschaften mit ihrer Forderung, die Einschränkung der freiwilligen Leistungen wieder aufzuheben, Erfolg haben.

Ein neues Kaufprojekt

Im Verlaufe der Krise sind schon wiederholt Versuche gemeldet worden, direkten Kaufverkehr zwischen Deutschland und Eastlandsstaaten in Szene zu setzen. Kaffee, Del und andere Waren waren genannt worden gegen Erzeugnisse deutscher Verarbeitung. Größere Hoffnungen wurden bis jetzt nicht erfüllt. Nun wird ein neuer Plan gemeldet. Es sollen Verhandlungen zwischen über den Austausch deutschen Eisenbahnmateriale gegen bulgarischen Tabak. Auf deutscher Seite sollen beteiligt sein die Reichlichen Waggonfabriken AG., die Gutehoffnungshütte AG., Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Vereinigte Eisenwerke, Krupp, die Otto-Walff-Gruppe, die Gutehoffnungshütte, der Siemens-Konzern, Julius Piatig AG., die Knorr-Bremse AG., die Schichau-Werke, Henschel & Sohn AG., Berliner Maschinenbau AG., vorm. L. Schwarzkopff und die Böglers AG., Karlsruhe. Als Abnehmer für den bulgarischen Tabak soll der Neerisma-Konzern in Frage kommen. Die zu übernehmende Tabakmenge hat angeblich einen Wert von 500 bis 600 Millionen Rewa. Die Verhandlungen sollen mit der bulgarischen Regierung im Gange sein. Ob bei diesem Versuch mehr als bei den früheren herauskommt, steht dahin.

Vergleich bei Junkers

Weiterführung des Betriebes gesichert

Dessau, 8. November. (Eig. Drahtbericht.)

In Dessau fand am Dienstag eine Gläubigerversammlung der Firma Junkers statt, die nach sehr bewegten Verhandlungen mit großer Mehrheit den von Junkers angebotenen Vergleich annahm.

Alle Forderungen bis zu 500 Mark und die bevorrechtigten Forderungen (Löhne und Gehälter) bis zum Ende dieses Jahres sollen voll befriedigt werden. Die Forderungen über 500 Mark werden bis zum Jahresende mit einer Quote von 40 p. h. befriedigt. Weitere 20 Prozent sollen im Laufe der Jahre 1933 und 1934 beglichen werden. Wenn sich später die wirtschaftliche Lage des Unternehmens bessert, sollen noch einmal 20 Prozent zur Auszahlung gelangen, so daß die Gläubiger in diesem Fall nur 20 Prozent verlieren. Die Barmittel für die Auszahlung des Vergleichs gewinnen die Junkerswerke durch den Verkauf eines Teils der Werke an den Stuttgarter Großindustriellen Bosch. Er übernimmt zu einem Kaufpreis von 2 600 000 Mark den Teil des Konzerns, der unter der Firma Junkers & Co. geführt wird (Badeöfen und Wärmelanlagen). Zu den geschädigten Gläubigern zählt auch die Wohlfahrtsanstalt der Werke. Bei der nicht sehr übersichtlichen Wirtschaft, die im Junkerskonzern eine Zeitlang getrieben worden ist, sind u. a. 26 000 Mark der Arbeiterunterstützungsstelle und 23 000 Mark der Wohlfahrtskasse verbuttert worden. Diese Forderungen nehmen im Rahmen der vorgesehenen Quote an dem Vergleich teil.

Mit dem Abschluß des Vergleichs ist wenigstens für die nächsten Jahre die Weiterführung des Junkerskonzerns gesichert. Das ist für die Arbeiterschaft in Dessau von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung.

Deutscher und ausländischer Butterpreis

Die trotz großer Gefahren für den deutschen Außenhandel durchgeführte Butterzollerhöhung mußte die Vermutung nahelegen, daß die deutschen Butterproduzenten in ganz besonderer Maße dieses erhöhten Schutzes bedürften. Ein Vergleich der Preisentwicklung für Butter in den wichtigsten Produktionsländern zeigt jedoch, daß die Preisrückgänge in den anderen Ländern sehr viel fühlbarer waren als in Deutschland, wo die Produzenten trotz des Rückganges der Massenkaufkraft die Fülle in weitem Umfang auszunützen vermochten. So waren die Butterpreise nach der Preisstatistik des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung der Jahre 1928/29 in Deutschland, Dänemark und Holland mit rund 340 Mark je 100 Kilogramm beste Qualitätsbutter annähernd gleich. Seitdem fielen die Butterpreise in Deutschland auf 223 Mark, in Dänemark dagegen auf 143 Mark und in Holland auf 171 Mark. In Prozentzahlen gemessen war demnach für 1932 gegenüber 1928 für Deutschland ein Preisrückgang um rund 35 Prozent, für Dänemark dagegen um 58 Prozent und für Holland um ziemlich genau 50 Prozent festzustellen. Gegenwärtig liegt infolge der Zollerhöhungen der deutsche Butterpreis, der sich noch 1930 auf gleicher Höhe mit dem Weltmarktpreis befand, um 55,3 Prozent über Weltmarktpreis.

Bankgeschäft als Devienschieber?

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Berlin sind die Konten- und Effektendepots des Berliner Bankgeschäftes Lignier & Co. in der Jägerstraße 41 wegen Verdachtes der Devienschiebung beschlagnahmt worden. Den Inhabern des Bankgeschäftes ist ausgegeben worden, sich zur ständigen Verfügung der Behörden zu halten.

Mit des Geschickes Mächten

Landwirte entziehen den Nazis die Freundschaft

Noch vor einiger Zeit gab es unzählige landwirtschaftliche Unternehmer, denen die Landarbeiter nicht nazibegeistert genug sein konnten. Viele der Landarbeiter, die das ablehnten, mußten das mit ihrer Entlassung büßen.

Die zunehmende Begeisterung der landwirtschaftlichen Unternehmer für das Rabinett Papen hat jetzt einen beträchtlichen Wandel herbeigeführt. Die Sympathie der landwirtschaftlichen Unternehmer hat sich von den Nazis ab- und den Deutschnationalen und Stahlhelm als den Stützen der Regierung Papen zugewandt. Es ist das in so starkem Maße der Fall, daß viele landwirtschaftliche Unternehmer nichts dabei finden, gegen nationalsozialistisch gesinnte Landarbeiter mit Entlassungen vorzugehen. Höchst betrübt stellt der „Bölkische Beobachter“ in Nr. 300 vom 26. Oktober 1932 fest:

„Gibt es doch sehr viele rückwärtliche Gutsbesitzer, die in ihrem Haß gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung so weit gehen, daß sie die bei ihnen als Landarbeiter beschäftigten Nationalsozialisten und SA-Männer entlassen und lieber Kommunisten beschäftigen, die sie mit einem Gehalt von 5 Mark zum Eintritt in den Stahlhelm bewegen. „Der nationalsozialistisch wählt wird entlassen“, lautet die neue „soziale“ Parole der deutschnationalen Gutsbesitzer.“

Solange es die dem Deutschen Landarbeiter-Verband und der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Landarbeiter waren, gegen die sich der Jörn der landwirtschaftlichen Unternehmer richtete, fand die Nazi-Partei alles in Ordnung. Da brachte auch nicht eine nationalsozialistische Zeitung den Mut auf, sich darüber aufzuregen. Im Gegenteile! Da bekräftigten die Herrschaften die landwirtschaftlichen Unternehmer sogar noch in ihrem Handeln. Ein gewisser Helmut Körner aus Bistowitz im Freistaat Sachsen, seines Zeichens Landagitor der Nazi-Partei, hatte Anfang Mai dieses Jahres verschiedenen nationalsozialistischen Bauern der Amtshauptmannschaft Bautzen eine Mitteilung zukommen lassen, in der es wörtlich heißt:

„Ich fordere daher, alle Bauern der nationalen Opposition auf, sofort sämtliche marxistische Arbeitsträfte aus ihren Betrieben zu entlassen und dafür ehemalige SA- und SS-Leute einzustellen.“

Das jetzige Verhalten der Nazi-Partei ist ein neuer Beweis für die grenzenlose Unaufrichtigkeit, zu der diese Partei fähig ist.